

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



■ ZUR EINIGUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST

## Warum die Bundesregierung auf eine Kraftprobe mit den Gewerkschaften verzichtet hat

»Brisante Rolle rückwärts«, so betitelte das »Handelsblatt« seinen Kommentar zur Einigung im öffentlichen Dienst. »Unterstützt von der Politik, durch eine wahlkämpferische Rhetorik gerechter Teilhabe, haben die Gewerkschaften dem Staat ein Tarifergebnis abgetrotzt.« Das Wirtschaftsblatt sieht den Kompromiss als gefährliche Wegmarke für die kommenden Tarifrunden der Chemie- und Metallindustrie. Der Kompromiss stelle den schon brüchig gewordenen Flächentarif für die Staatsbediensteten erneut in Frage, die von der Bundesregierung in die Pflicht genommenen Kommunen könnten ebenfalls aus dem bisherigen Tarifverbund aussteigen und lieber eine neue tarifpolitische Kooperation mit ihren jeweiligen Ländern suchen. Die kommunalen Arbeitgeber von Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen haben sich aus Protest bei der Abstimmung über den Abschluss der Stimme enthalten.

Die Kernelemente der 2005 gefeierten Tarifrechtsreform seien geopfert worden: Die einfachen Tätigkeiten in den damals neu eingeführten niedrigeren Gehaltsstufen würden durch die soziale Komponente zu hoch entlohnt, hoch qualifizierte Kräfte hingegen unterbezahlt, dadurch sei der öffentliche Dienst gegenüber der Privatwirtschaft nicht wettbewerbsfähig. Die Weichen in der Kommunalwirtschaft seien nun klarer denn je auf Privatisierung gestellt. (HB 1.4.08)

In der vorherigen Ausgabe der »Arbeiterpolitik« haben wir dargelegt, wie sehr sich die Kampfbedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in dieser Tarifrunde im Vergleich zu früheren Zeiten verschlechtert haben. (Schwierige Tarifrunde steht bevor in: Arpo Nr. 1, Februar 2008). Wir verwiesen darauf, dass die Tarifeinheit von Bund, Ländern und Kommunen aufgelöst, ganze Bereiche wie Nahverkehr und Versorgung mit eigenen Spartentarifverträgen geregelt und einzelne Betriebe durch Privatisierung aus dem Tarifkampf ausgegliedert wurden. Besonders die »Reformen« im Öffentlichen Dienst, die von ver.di und den anderen Gewerkschaften mitgetragen wurden, hätten »verheerende Auswirkungen auf die Kampffähigkeit«. Die Konjunktur habe zwar das Steueraufkommen erhöht, für die

Kommunen aber höchst ungleichmäßig, so dass die Kämmerer sich weiterhin zugeknöpft zeigten. Hier erwarteten wir den härtesten Widerstand gegen die Forderungen der Beschäftigten. Keinesfalls glaubten wir an eine Lösung des Tarifkonfliktes am Verhandlungstisch.

Herausgekommen ist ein Tarifergebnis, das wohl die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Beschäftigten finden wird und das die Gewerkschaft ver.di den Mitgliedern zur Befragung vorlegen will, um auf diese Weise neue Mitglieder zu werben.

Das Tarifergebnis (Aufmacher der Bildzeitung: »8 Prozent ... Bekommen wir bald alle so viel?«, 1.4.08) spiegelt also weniger die Kampfkraft und Mobilisierungsbereitschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wider, (wenn auch diese im Verlauf der Warnstreiks zugenommen hat – vergl. Korrespondenz in dieser Ausgabe), als vielmehr die momentane innenpolitische Schwäche der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien der großen Koalition.

Schäuble als Verhandlungsführer der Arbeitgeber erklärte: »Insgesamt sind die Arbeitgeber mit dem heutigen Abschluss an die Grenze des haushaltsmäßig und gesamtwirtschaftlich Machbaren gegangen. Aber es galt, im gesamtstaatlichen Interesse dem Land lange und harte Arbeitskämpfe zu ersparen.« Ver.di-Chef Bsirske verwies auf die Stimmung in der Öffentlichkeit: Die Gesellschaft sei »stark geprägt von der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit.« (Welt 1.4.08)

**Die Bundesregierung wollte verhindern, dass aus einer Stimmung der Wille zum Protest oder Widerstand erwächst.** Diese Gefahr drohte, falls sie durch ihre Unnachgiebigkeit die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in einen Arbeitskampf getrieben hätte. Haben aber die Arbeitgeber sich die Beschäftigten erst einmal durch harten Arbeitskampf zum Feind gemacht und diese Erfahrungen verfestigt, ist die Rückgewinnung der Arbeiterwähler weit aus schwieriger. Die Abwendung der Arbeiterwähler von den Regierungsparteien und die Erfolge der Linkspartei in den Landtagswahlen Hessen, Niedersachsen und Hamburg haben CDU und SPD in die Zange genommen.

Ver.di hat die Stimmung in der arbeitenden Bevölkerung mit der Parole »Jetzt sind wir dran!« zum Ausdruck gebracht. Ihre Führung hoffte, in der diesjährigen Tarifrunde der entscheidenden Kraftprobe aus dem Wege gehen zu können, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Dieser Weg ist ihnen von den öffentlichen Arbeitgebern geebnet worden – doch nicht ohne Zugeständnisse. Dazu zählt die Arbeitszeitverlängerung ebenso wie die 24-monatige Laufzeit des Tarifvertrages. Die nächste Tarifrunde fällt damit nicht ins Jahr der Bundestagswahl. Und wie sich die Inflationsrate weiter entwickeln wird, ist nicht vorhersehbar. Vor allem wegen des Zugeständnisses bei der Arbeitszeitverlängerung lehnten 25 Mitglieder der großen Tarifkommission das Ergebnis ab, 64 stimmten zu. So steht am Ende ein Abschluss, der für dieses Jahr nominell einen Ausgleich für die Inflationsrate vorsieht, aber die Verluste vergangener Tarifrunden nicht wettmachen kann. Und die miserablen Arbeitsbedingungen, die in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes zur Mobilisierung der Beschäftigten beitragen, waren nicht Bestandteil der Tarifaueinandersetzung.

Das materielle Ergebnis der Tarifrunde 2008 hebt sich zwar von den Zugeständnissen ab, die in den letzten Jahren gemacht wurden. Aber ist damit eine Trendwende in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik eingeleitet? Folgt man dem eingeschränkten Blick der ver.di-Führung und vieler Funktionäre, dann sicherlich. Unser Blick ist aber kein auf die reine Tarifpolitik beschränkter – er stellt diese in den Zusammenhang gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe. Maßstab für uns ist nicht allein das materielle Ergebnis, sondern mindestens genauso wichtig ist der **gewerkschaftliche und politische Erfahrungsprozess**, den die Beschäftigten in gewerkschaftlichen Kämpfen machen. Stimmungen, wie sie in der Tarifrunde zum Ausdruck kamen, können allein keine Trendwende einleiten, wenn ihnen nicht die entsprechenden Taten folgen. Genau davor hat der Kompromiss die Gewerkschaftsführungen – und auch die Mitglieder bewahrt.

Bundesregierung und ver.di-Vorstand sind zwar der Kraftprobe aus dem Wege gegangen – das bedeutet allerdings noch lange nicht, dass auf der Grundlage des gefundenen Kompromisses Ruhe einkehren wird. **Materielle Zugeständnisse**, so das Kalkül der öffentlichen Arbeitgeber, können innerhalb der zweijährigen Laufzeit und Friedenspflicht des Tarifvertrages durch Rationalisierung, straffere Organisation der Arbeit und Arbeitsverdichtung, Personalentlassungen und Privatisierung **zurück gewonnen werden**. Und auch eine Vorreiterfunktion kommt dem Tarifergebnis nicht zu. In jeder einzelnen Branche testen die Unternehmerverbände, wie weit sie ihre Macht gegenüber den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften ausspielen können. Der Einzelhandel zeigte sich vom Tarifergebnis unbeeindruckt. Auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes steht ein weiteres Kräftemessen bevor. Die Verhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder stehen Ende des Jahres an und in Berlin kämpfen die Beschäftigten der BVG als auch der anderen Tarifbereiche für eine Lohnerhöhung. Bemerkenswert ist, dass die Berliner Senatskoalition nicht den Druck verspürt, den Forderungen der Beschäftigten der BVG und BT entgegen zu kommen (siehe die Korres-

pondenz in dieser Zeitung). Sollte sich dieses Verhalten vielleicht dadurch erklären, dass die Linkspartei dem Senat angehört und die Aufgabe wahrnimmt, einen Teil der Gewerkschaften und der Linken in die Regierungstätigkeit einzubinden?

Stimmungen, wie sie sich zu den Wahlen und zur Tarifrunde zeigten, sind wandelbar und Schwankungen unterworfen. Sie sind allein noch kein Beweis für eine Abkehr der Gewerkschaften vom eingefahrenen Kurs ihrer Tarifpolitik oder für einen politischen Linksruck. Dazu bedarf es anderer Voraussetzungen. Die sind gegeben, wenn Teile der arbeitenden Bevölkerung selbst aktiv werden, indem sie die Wahrnehmung ihrer Interessen nicht mehr dem Gewerkschaftsapparat allein überlassen oder an die Parteien (SPD oder Linkspartei) delegieren. *Abgeschlossen 12.4.08 ■*

## INHALT · Heft Nr 2 / 15.04.2007 · J.G. 49

Zur Einigung im Öffentlichen Dienst . . . . .	1
<i>Tarifkonflikt bei der Berliner Verkehrsgesellschaft:</i>	
Rückzug auf Raten – Kapitulation von ver.di? . . . . .	3
Offener Brief an Senator Sarrazin . . . . .	4
Berlin: Bahner besuchen Streikposten der BVG . . . . .	6
Beispiel Hanau: Warnstreiks im öffentlichen Dienst . . . . .	7
<b>Zum Abschluss bei der Bahn:</b>	
Der GDL wurden die Flügel gestutzt . . . . .	10
<i>Eine ganz normale Tarifrunde?</i>	
Die Tarifaueinandersetzungen zwischen GDL	
und der Deutschen Bahn AG . . . . .	10
<i>Ein Eisenbahner:</i>	
Wir haben gewonnen, aber nur an Erfahrung . . . . .	14
<i>Leserbrief: Haben wir gelernt? . . . . .</i>	15
<i>Landtagswahlen in Hessen:</i>	
Koch abgewählt – SPD in der Krise . . . . .	16
Landtagswahlen in Niedersachsen . . . . .	19
»Kommunisten in den Landtag« . . . . .	19
<i>Zur Wahl in Hamburg:</i>	
Die arbeitende Bevölkerung läßt sich von der	
Standortpolitik der CDU und der guten Konjunktur	
beeindrucken . . . . .	20
Daimler-Benz Mettingen: Zu viel Eigenständigkeit? . . . . .	21
Arsti-Konferenz: Der weitere Niedergang der	
Gewerkschaften ist vorprogrammiert (Teil 2) . . . . .	22

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller  
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des  
Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«  
Internet: [www.arbeiterpolitik.de](http://www.arbeiterpolitik.de) · e-mail: [arpo.berlin@gmx.de](mailto:arpo.berlin@gmx.de)

### Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buch-laden«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46
- **Braunschweig:** »Guten Morgen Buchladen«, Bülpfenweg 87 ● **Bremen:** »Buch-laden in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhäuser, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3
- **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buch-handlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

## Fehlermeldung

Die erste »Arbeiterpolitik«-Ausgabe in diesem Jahr hat leider aus technischen Gründen noch die Bezeichnung des vorherigen Heftes. Richtig muss es heißen:

49. JAHRGANG · NUMMER 1 · 10. FEBRUAR 2008





■ TARIFKONFLIKT IM ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR BERLINS

## Rückzug auf Raten – Kapitulation von ver.di?

Nicht nur vom Zeitablauf fällt dem Tarifkonflikt im Nahverkehr Berlins eine besondere Bedeutung zu – die **BVG (Berliner Verkehrs Gesellschaft AöR)** und ihr Tochterunternehmen **BT (Berlin Transport GmbH)** sind der größte Nahverkehrsanbieter in Deutschland. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist wesentlich höher als in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes (ÖD). Die Tarifverhandlungen für den Bund und die Kommunen sind zwar beendet, im April stehen jedoch Auseinandersetzungen in zahlreichen Verwaltungen und Betrieben des Landes Berlin an. Bei der BVG wird auch mit darüber entschieden, welche Durchsetzungskraft die Gewerkschaften, insbesondere ver.di, gegenüber dem Senat aufbringen können. An der Bereitschaft der BVG'ler, sich mittels eines Arbeitskampfes zur Wehr zu setzen, mangelt es nicht. Bereits die Aufstellung der Forderungen machte dies deutlich: acht bis 12 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 250 Euro im Monat bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

### Ver.di-Gremien unter Druck der Belegschaft

Mit einem »Paukenschlag« begann die Tarifrunde. Für Samstag, den 2. Februar hatte ver.di einen Warnstreik angekündigt – rechtzeitig, d.h. Tage vorher, damit sich »Fahrgäste und der Arbeitgeber darauf einstellen können«. Am

Donnerstag zuvor wurde das letzte »Angebot« des Vorstandes den Beschäftigten mitgeteilt. Es sah eine Lohnerhöhung von 4,1 Prozent mit einer Laufzeit von drei Jahren für Neueinstellte vor. Bei den Altbeschäftigten sollte die Erhöhung fast vollständig mit der tariflich vereinbarten Bestandswahrung verrechnet werden – der überwiegende Teil der Belegschaft wäre leer ausgegangen.

Die Empörung war derart groß, dass der angekündigte Warnstreik auf Freitag vorverlegt und auf 39 Stunden ausgedehnt wurde – um »spontanen Reaktionen vorzubeugen«, so ver.di. Dessen Pressesprecher bezeichnete das Angebot als Provokation.

Der Vorgang zeigt, unter welchem Druck von beiden Seiten die gewerkschaftlichen Führungsgremien in der diesjährigen Tarifrunde stehen. Einerseits musste ver.di der allgemeinen Stimmung unter den Beschäftigten und Mitgliedern, die weitere Verzichtsrounden ablehnen, Rechnung tragen. Seit dem Bahnstreik sind allein im Nahverkehr Berlins über 400 bis dahin zumeist unorganisierte Beschäftigte in die GDL eingetreten. Die konnte jetzt eine Ortsgruppe Nahverkehr in Berlin gründen. Will ver.di einem weiteren Mitgliederschwund und Bedeutungsverlust vorbeugen, so muss eine deutliche Lohnerhöhung am Ende des Konfliktes herauskommen. Auf der anderen Seite betonen die verantwortlichen Sekretäre und Vorstandsmitglieder, unter den entsprechenden verbalen Drohungen, ihre Verlässlichkeit als Verhandlungs- und Sozialpartner. So wurde im Verlauf des bisherigen Arbeitskampfes immer wieder beteuert, der Streik könne sofort ausgesetzt werden, wenn durch eine Aufstockung des Angebots »Ziel führende Verhandlungen« möglich wären. Was die zuständigen Gremien darunter verstehen, dazu später.

### Arbeitsverdichtung und Lohnabbau

Seit 1993 wurde das Personal der BVG von 28.000 auf heute ca. 11.500 mehr als halbiert. Die erbrachte Verkehrsleistung stieg im gleichen Zeitraum um etwa ein Drittel. Dies war natürlich nur unter einer enormen Verdichtung und Ausdehnung der Arbeitszeit möglich. Im Jahre 2001 wurde die Berlin Transport GmbH als Tochterunternehmen und Fahrdienstleister der BVG gegründet. 2005 fanden einschneidende Veränderungen statt. Unter der Drohung, den Nahver-

**Wir danken allen,**  
die die Herausgabe der »Informationsbriefe«  
im letzten Jahr durch Abonnement, zusätzliche  
Spenden und/oder politische Beiträge  
und Informationen unterstützt haben,  
an dieser Stelle ganz herzlich. Weiter so!  
Trotzdem sind wir zusätzlich auf weitere  
Spenden angewiesen. Wichtiger noch sind uns  
politische Beiträge und Kritik. Die Red. ■

## Offener Brief an den Senator Sarrazin

IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin  
Vertrauenskörperleiter/-innen

13. März 2008

Werter Herr Dr. Sarrazin,

wir, die IG Metall-Vertrauenskörperleiter/-innen aus den Berliner Metallbetrieben, unterstützen den Streik unserer Kolleginnen und Kollegen bei der BVG für ihre berechtigten Forderungen nach acht bis 12 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 250 Euro.

Unter den Beschäftigten der Metallbetriebe gibt es großes Verständnis dafür, dass die BVG- und BT-Beschäftigten die steigenden Belastungen und ständige Leistungsverdichtung nicht mehr hinnehmen wollen. Seit sieben Jahren mussten sie nicht nur auf Lohnerhöhungen verzichten, das Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurden gestrichen. Die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert.

Herr Dr. Sarrazin, Ihre Äußerung, dass die (Alt) Beschäftigten bereits jetzt weit über dem Marktwert verdienen, ist an Zynismus nur noch durch Ihre Berechnung für den Bedarf eines Hartz-IV-Empfängers zu überbieten, dem Sie nicht einmal den Tagessatz für Lebensmittel von 4,14 Euro zubilligen wollen.

Der Marktwert der Ware Arbeitskraft ist in den vergangenen Jahren durch geschürte und reale Angst um den Arbeitsplatz, durch die repressiven Hartz-IV-Regelungen und durch massive öffentliche Einsparungen erheblich gedrückt worden. Dazu gehört auch, dass die seit 2005 bei der BVG/BT neu Eingestellten wesentlich weniger verdienen.

Die Absenkung des Lohnniveaus im öffentlichen Dienst ist nicht zuletzt Ihr »Verdienst«. Während Arbeitnehmerinkommen abgesenkt werden, erhöhen sich die Manager immer dreister ihre eigenen Gehälter. Sie müssen darüber nicht verhandeln, sie dürfen sich selbst aus den von uns erarbeiteten Gewinnen bedienen. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer.

Als Aufsichtsratsvorsitzender der BVG und als gewählter Senator tragen Sie Verantwortung für das gute Funktionieren des öffentlichen Nahverkehrs. Für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Berliner Metallbetrieben sind Busse und Bahnen für den Arbeitsweg unverzichtbar. Ein preiswerter öffentlicher Verkehr ist auch ein Steuerungsinstrument für mehr Klimaschutz.

Ihre Drohung, erhöhte Lohnkosten auf die Fahrpreise umzulegen, sehen wir als Angriff auf unsere eigenen Portemonnaies. ...

... Hören Sie auf, mit flachen und unprofessionellen Schuldzuweisungen die Bürger gegen die Streikenden aufzuhetzen. Es ist keiner der Streikenden schuld, dass Sie Fahrpreise erhöhen und Kioske in den Bahnhöfen ggf. in Insolvenz gehen müssen. Der Streik ist ein Recht eines jeden Arbeitnehmers – auch für die BVG-Beschäftigten.

Ihr Verhalten ist nicht zum ersten Mal unmöglich und verantwortungslos gegenüber allen Bürgern unserer Stadt. Geld ist genug da, Herr Dr. Sarrazin. Beauftragen Sie ihre Steuerbeamten es dort zu holen, wo es im Überfluss vorhanden ist (z. B. in Liechtenstein).

die IG Metall-Vertrauenskörperleiter/-innen  
(folgen 19 Unterschriften von Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Berliner Metallbetrieben) ■

kehr der Hauptstadt auf dem freien Markt auszuschreiben, stimmte ver.di einem Sanierungskonzept zu. Zwar erhielt sie eine Bestandsgarantie für die BVG unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 2020, der Preis den die Beschäftigten zu zahlen hatten, war allerdings hoch. Die Altbeschäftigten mussten auf 12 Prozent des Lohnes, unter anderem auf Weihnachts- und Urlaubsgeld, verzichten. Noch verheerender wirkte sich der Sanierungsbeitrag bei Neueinstellungen aus. Kolleginnen und Kollegen die seither eingestellt wurden, erhalten 30 Prozent weniger Lohn, das entspricht ca. 600 Euro im Monat. Auch die Altbeschäftigten sind formell so eingruppiert, sie erhalten allerdings eine tariflich vereinbarte Besitzstandsgarantie.

Heute fällt der Gewerkschaft dieses Tarifabkommen auf die Füße. So konnte der Finanzsenator Sarrazin in einer Talkshow der ver.di-Landesbezirksvorsitzenden, Susanne Stumpfenhusen, genüsslich entgegenhalten: Die Altbeschäftigten der BVG würden weit über dem Marktwert bezahlt und dieser sei ja 2005 zusammen mit der Gewerkschaft tarifvertraglich vereinbart worden.

Ziel des Senats und der BVG ist es selbstverständlich, das allgemeine Lohnniveau auf den Standard der Neueinstellungen abzusenken. Deren Lohnniveau wurde mit dem Sanierungstarifvertrag von 2005 zum Maßstab.

### Haushaltssanierung auf Kosten des Nahverkehrs

120 Millionen Euro jährlich spart die BVG durch den Sanierungsbeitrag der Beschäftigten ein. Der seit 1993 betriebene Personalabbau und der Sanierungstarifvertrag erlaubten es dem Senat, als Auftraggeber für die BVG, seine Zuschüsse von einer Milliarde Euro auf 250 Millionen zu reduzieren. Der Haushalt wird saniert auf Kosten der Beschäftigten und zu Lasten der Fahrgäste. Die mussten trotz kontinuierlich

sinkender Lohn- und Personalkosten immer neue Fahrpreiserhöhungen hinnehmen. Finanzsenator Sarrazin, der zugleich im Aufsichtsrat der BVG sitzt, wurde denn auch zum Hassobjekt unter den Beschäftigten. Gerade mal 20 Millionen Euro jährlich würde das Angebot der BVG kosten, ein Sechstel des Sanierungsbeitrages durch die Belegschaft. Dabei stellte sich im Verlauf der Tarifverhandlungen heraus, dass die Senatskoalition von SPD und Linkspartei für die harte Haltung verantwortlich ist. Der BVG-Vorstand hatte ein höheres Angebot vorgelegt, wurde aber vom Finanzsenator zurückgepfiffen.

### Der bisherige Verlauf des Tarifkonfliktes

Das Urabstimmungsergebnis zeigte die Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft unter den Beschäftigten. 96,9 Prozent der ver.di-Mitglieder stimmten für einen Arbeitskampf. Dazu beigetragen hat sicherlich das provokative »Angebot« der Gegenseite. Der Arbeitskampf begann am 3. März 2008. Die Tarifkommission sollte jeweils in Abständen von ca. drei Tagen über eine Fortsetzung oder Unterbrechung des Streiks beschließen.

Die Berliner Bevölkerung nahm den Arbeitskampf relativ gelassen in Kauf. Sie konnte auf die S-Bahn umsteigen, die als Unternehmen der Deutschen Bahn nicht vom Tarifkonflikt betroffen war und mit einer Erhöhung der Fahrleistung die Streikfolgen minimieren konnte. Nach Meinungsumfragen zeigte eine deutliche Mehrheit Verständnis für das Vorgehen der BVG-Beschäftigten. Allerdings gab es auch keine nennenswerte öffentliche Unterstützung, sieht man vom offenen Brief der IGM-Vertrauenskörperleitungen an Finanzsenator Sarrazin ab.

Gelassen zeigten sich allerdings auch der Senat und der BVG-Vorstand. Durch den Arbeitskampf würden sie sogar





erheblich an Lohn- und Energiekosten einsparen. Ein wirklicher ökonomischer Druck ließ sich durch den Arbeitskampf nicht aufbauen. Es wurde deutlich, dass der Kampf um die öffentliche Meinung entscheidend für das Ergebnis der Auseinandersetzung sein würde. Die Medien, vor allem die lokalen RBB-Sendungen, begannen mit zunehmender Länge des Streiks immer unverhohlener gegen die Beschäftigten und ver.di zu hetzen, machten Alte, Kranke und Gewerbetreibende in den U-Bahnhöfen zu Opfern der Verteilung ihrer Privilegien.

Der Medienpropaganda trat ver.di nicht durch eigene Publikationen entgegen. Die Streikenden verblieben mit wenigen Ausnahmen vor den Betriebshöfen. Als Information für die Öffentlichkeit diente ein DIN-A5-Handzettel, der allerdings nicht organisiert und massenhaft verteilt wurde.

Erst nach mehr als einer Woche Vollstreik fand am Donnerstag, dem 12. März, eine Kundgebung statt, auf der auch Frank Bsirske sprach. Die radikalen Reden, vor allem gegenüber dem Finanzsenator, trafen die Stimmung unter der Belegschaft. Allerdings vermieden die offiziellen Vertreter von ver.di jeglichen Hinweis auf ihre konkreten Absichten. Über die weitere Taktik im Arbeitskampf wurde nicht gesprochen – auch nicht darüber, wie weit man dem Senat entgegenkommen will. Stattdessen, nach den verbalen Attacken auf die Senatskoalition, immer wieder der Hinweis auf die Verlässlichkeit der Gewerkschaft und die Ermahnung an die Teilnehmer der Kundgebung, den Kollegen von der Polizei doch bitte die Arbeit zu erleichtern und auf den Gehwegen den Rückmarsch anzutreten. Es mischten sich allerdings auch andere Töne unter die Kundgebung. Der Brief der IGM-Vertrauenskörperleitungen wurde verlesen. Eine Rednerin schlug vor, doch gemeinsam zum Roten Rathaus zu ziehen, um der Senatskoalition Dampf zu machen. Auch dies stieß auf Zustimmung unter den Anwesenden.

Dem zuständigen ver.di-Sekretär Frank Bäsler passte dies jedoch nicht ins Konzept, er wiegelte ab. »Das kommt noch, aber später. Wir dürfen unser Pulver nicht vorzeitig verschießen.«

## Die Aussetzung des Arbeitskampfes

Einen Tag später beschloss die Tarifkommission eine Aussetzung des Vollstreiks über die Berliner Osterferien. Nur noch die Verwaltung und die Werkstätten verblieben im Arbeitskampf. »Durch die fehlende Wartung würde der Verkehr zunehmend ausgedünnt, weil immer mehr Fahrzeuge nicht einsatzbereit wären«, so die Begründung für die neue Taktik. Doch bevor dies Realität wurde, beendete ver.di rechtzeitig vor Ostern auch die Teilstreiks in der Verwaltung und den Werkstätten. Zugleich reduzierte der Landesbezirk die ursprünglichen Forderungen. Die Aufnahme formeller Tarifverhandlungen sei möglich, wenn die Gegenseite einem Verhandlungskorridor zwischen drei und neun Prozent bei einer Laufzeit von bis zu 30 Monaten zustimmen würde. Verbunden wurde das Entgegenkommen mit der Drohung, den Arbeitskampf nach Ostern wieder aufzunehmen. Doch der Senat weiß, dass den verbalen Attacken gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre selten reale Taten folgen – so auch in diesem Fall.

»Wir geben uns Mühe, dass der Streit nicht eskaliert«, so Susanne Stumpfenhusen, nachdem auch über die Osterferien kein verbessertes Angebot vorgelegt worden war. (Tagesspiegel, 28.3.2008). Weiter schreibt der »Tagesspiegel«: In »explosiver Stimmung«, berichtete ver.di-Landeschefin Susanne Stumpfenhusen, durchkreuzte die große Tarifkommission bei ihrer gestrigen Sitzung den verabre-

59. JAHRGANG · EXTRADRUCK · MÄRZ 2008 · EUR 1,00

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

**Aus aktuellem Anlass – zum BVG-Streik 1932**

Wie die Gegner der Arbeiterbewegung die Tatsachen verdrehen: Der Anlass für diesen Nachdruck: die aktuellen Arbeitskämpfe bei den sberlinar Verkehrsbetrieben und die Begleitung in etlichen Berliner Zeitungen mit Artikeln zum BVG-Streik von 1932. Auch die Kolleginnen und Kollegen, die sich im Ausstand befinden, haben diese Darstellungen interessiert zur Kenntnis genommen. Die Wendezeitung am BVC-Betriebshof in der Circusstraße belegt diese Beobachtung fündet bei ihnen vor allem die Konsequenz und Radikalität, mit der die BVCler im November 1932 fünf Tage lang für ihre Interessen eintraten. Nach Kriegsende diente in der Bundesrepublik die verfälschende Darstellung der Ereignisse von 1932 der These, der BVC-Streik sei ein Beleg für die Zusammenarbeit von NSDAP und KPD zur Beseitigung der Weimarer Demokratie. Auch die SPD und die Führungen der DGB-Gewerkschaften schlossen sich dieser Geschichtsschreibung an. Von den wirklichen Ursachen für den Sieg des Nationalsozialismus und der Rolle der bürgerlichen Parteien, der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) soll damit abgelenkt werden. Wir drucken deshalb noch einmal einen 1983 in der Arbeiterpolitik erschienenen Artikel ab. Vorweg noch einige Bemerkungen zur damaligen Situation.

**Extradruck der Gruppe Arbeiterpolitik, Berlin**

Anlässlich der ersten Warnstreiks bei der BVG brachte der Berliner »Tagesspiegel« einen Artikel zum historischen BVG-Streik im Jahr 1932. Auch die »Arpo« hat 1983 einen ausführlichen Artikel dazu veröffentlicht, den wir nun nachgedruckt haben. Für einen Euro in Briefmarken ist er bei der Versandadresse zu bestellen.

deten Verhandlungsfahrplan. Die Kommission, der etwa fünfzig BVG-Vertrauensleute angehören, ist das höchste Entscheidungsgremium auf Arbeitnehmerseite. Als die Verdi-Verhandlungsführer der Kommission über die letzte Zusammenkunft berichteten, sei die Stimmung »so gereizt gewesen, dass selbst wilde Streiks denkbar sind«, sagte Stumpenhusen. »Die Kollegen wollen endlich Butter bei die Fische – und sich nicht länger durch Zahlenspiele hinhalten lassen.«

Für den 1. April wurde deshalb die Wiederaufnahme des Arbeitskampfes angekündigt. Eine letzte Chance, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen, sollte der Gegenseite noch bis zum 31. März gegeben werden. Dazwischen platzte der Abschluss für den Bund und die Kommunen am letzten Märzwochenende.

»In letzter Minute« wurde in einem Spitzengespräch zwischen Stumpenhusen und Sarrazin der angekündigte Streik abgewendet. Auf der Grundlage der Vereinbarung für Bund und Kommunen wird seit dem verhandelt. Er soll auf die BVG übertragen werden. Doch was das konkret heißt, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Auf ein absolutes Stillschweigen über den Stand der Verhandlungen haben sich Senat und ver.di verständigt. Der Senat hielt sich nicht an die Vertraulichkeit. Er habe das Volumen seines Angebots von 20 auf 24 Millionen erhöht. Offensichtlich soll die BVG-Belegschaft zermürbt werden nach dem Motto: Ihr könnt machen was ihr wollt, es wird kein wesentlich verbessertes Angebot geben.



Die zuständigen ver.di-Funktionäre tragen mit den folgenlosen Streikdrohungen und der Geheimdiplomatie selbst zum Weichkochen der Belegschaft bei. Diese Geheimverhandlungen lassen die Kollegen draußen vor und man liefert sich somit dem Senat aus. In den Reihen der Kollegen wächst auf der einen Seite die Enttäuschung und die Wut auf das Verhalten der zuständigen Gewerkschaftsfunktionäre, auf der anderen Seite wachsen die Zweifel an einem Erfolg des Arbeitskampfes. Diese Geheimverhandlungen können nur durch ihre gewerkschaftlichen Vertreter in der Tarifkommission sowie durch eigene Aktionen durchkreuzt werden.  
Berlin, 8.4.08 ■

#### ■ DIE INTERESSEN GEMEINSAM VERTRETEN

## Berlin: Bahner besuchen BVG-Streikposten

Ich habe die frühen Morgenstunden des 5. März genutzt und war mit einigen Kollegen bei den BVG'ern auf den Betriebshöfen. Tolle Stimmung herrschte dort vor Ort! Busse haben die Ausfahrt blockiert und dienten gleichzeitig als »Wärmestube«. Die Kollegen sind in derselben Stimmung, in der die Fahrpersonale bei ihren Streiks waren. Viele haben sich gefreut und haben sich bedankt, dass GDL'er ihre Solidarität gezeigt haben. Ein warmer Becher Kaffee stand für uns ebenso bereit, wie die Kollegen mit ihren Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen sind den unseren so erschreckend ähnlich, dass es nicht erstaunlich wäre, wenn wir eines Tages gemeinsam in den Kampf für unsere Interessen gehen würden. Dazu kam es vorerst leider nicht. »Berlin droht am Montag Verkehrschaos«, so berichtete die Presse über den bevorstehenden gemeinsamen Streik in Berlin. Die Kollegen der BVG und viele aus der GDL in Berlin warteten am 9. März nur noch auf den Zeigerschlag auf 24.00 Uhr. Der kam auch – jedoch nicht der gemeinsame Arbeitskampf. Stattdessen wurden vom GDL-Vorstand in einer Nacht- und Nebelaktion Kompromisse gemacht, ohne das letzte Mittel eines unbefristeten Arbeitskampfes auszuspielen. An einem einzigen Wochenende wurde bei den Verhandlungen zwischen GDL und Bahnvorstand plötzlich ein »Erfolg« erzielt, der wochenlang nicht möglich schien.

Für zahlreiche GDL-Mitglieder wurden zu viele Kompromisse gemacht. Ein Teil der Kollegen, die sich aktiv am Arbeitskampf beteiligt hatten, wie das Zugpersonal, fielen hinten runter. Für sie darf die GDL bis 2012 nicht verhandeln. Bis auf die Einführung der 40-Stunden-Woche ab Februar 2009 wurden alle Forderungen nach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen als Verhandlungsmasse geopfert.

Das Geld stand für viele nicht allein im Vordergrund. Arbeitsverdichtung durch Kürzung von Pausen und Wendezeiten, Überstunden durch Personalmangel, Ausrichtung der Schichtzeiten nur noch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, waren und sind für uns entscheidend. Wer sitzt denn morgens um 3.00 Uhr im Nachtbus und fährt quer durch die Stadt? BVG'ler sowie Eisenbahner und S-Bahner auf dem Weg zur Schicht oder nach Hause.

Die nun ausgehandelten Prozentzahlen, die sich nach außen sehr gut anhören, decken nicht einmal die Absenken, die die Lokführer in den letzten Jahren hinnehmen mussten. Auf die Zugeständnisse, die gemacht wurden, hatten wir keinen Einfluss. Die Verhandlungsführungen schufen Tatsachen, bevor Informationen an uns weitergegeben wurden. Durch den Mangel an Informationen und Mitsprache waren wir in die Passivität gedrängt. Dies machte es uns natürlich nicht gerade leicht, in der Öffentlichkeit um Verständnis und Solidarität für den Arbeitskampf zu werben.

Standen beide Parteien so unter Druck, dass es ein Ergebnis geben musste? Hatte Herr Mehdorn Angst, dass seine Putzfrau am Montag nicht zur Arbeit kommt, oder dass Frau Suckales (Personalvorstand der DB AG) neuer Modedesigner nicht den Bahn-Tower erreicht? Wohl nicht! Eher war es die Angst, dass der gemeinsame Arbeitskampf in Berlin ein bundesweites Signal gewesen wäre. Ein Signal an alle Arbeitnehmer, das hätte zeigen können, dass ein gemeinsamer Kampf zu Erfolgen führen kann. Dies ist vielen Kolleginnen und Kollegen unter uns bewusst geworden. Und, nur die Arbeitenden selbst wissen, wo Kompromisse gemacht werden dürfen, denn sie müssen am Ende danach arbeiten und ihr Leben ausrichten!  
Einige Aktive GDLer ■



# Warnstreiks und Abschluss im öffentlichen Dienst

**Die Stimmung für ein »Ende der Lohnzurückhaltung«, wie der wohlgesonnene Teil der bürgerlichen Medien sich auszudrücken pflegt, ist da: ver.di hat zur Zeit viele Eintritte zu verzeichnen. Sollen diese gehalten werden, musste das Tarifiergebnis eine reale Verbesserung, nicht nur Kompromiss-Kosmetik sein. Andere haben es vorgemacht: Die Lokführer haben mit ihrer GDL einen Tarifvertrag erstritten und damit einen Maßstab gesetzt, der nicht überall, aber in manchen Bereichen von ver.di Vorbildwirkung ausstrahlt; besonders gilt das für den Nahverkehr in Großstädten wie Berlin, München und Stuttgart mit massenweisen Übertritten von ver.di in die GDL.**

In der Stahlindustrie wurde ebenfalls eine Forderung von 8 Prozent aufgestellt und 5 Prozent durchgesetzt. Vor allem aber kommt die Empörung aus den Arbeitsverhältnissen im Öffentlichen Dienst selbst, aus den sich verschärfenden Arbeitsbedingungen im Krankenhaus, im Nahverkehr, in den Kindertagesstätten usw. Die Belastungen steigen, die Personaldecke wird ausgedünnt, **aber mit der Umstellung auf das neue Tarifrecht des TVöD sind viele Zuschläge** für erhöhte Anforderungen und Erschwernisse der Arbeit oder für soziale Komponenten wie Familienstand und Kinderzahl **weggefallen**. Zudem gab es die letzte tabellenwirksame Lohnerhöhung im Mai 2004.

Der ver.di-Bundesvorstand hatte mit Bund und Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) sechs Verhandlungsrunden vereinbart; dass am Ende der letzten, nämlich am 6./7. März, das Scheitern festgestellt würde, war allgemein erwartet worden. So hatte ver.di im Februar und noch einmal in der ersten Märzwoche bundesweit mobilisiert, um ein positives öffentliches Klima zu fördern. Auf dem Tisch lagen die Forderungen von ver.di und den kleineren Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (GEW, IG BAU, Polizeigewerkschaft, Beamtenbund) nach 8 Prozent Lohnerhöhung, mindestens aber 200 EUR für eine Laufzeit von zwölf Monaten; auf der anderen Seite die Provokation von Bund und VKA, die Beschäftigten mit 5 Prozent Tabellenerhöhung, gestreckt auf zwei Jahre (also real 2,5 Prozent im ersten, 0,4 Prozent im zweiten Jahr), Verlängerung der Arbeitszeit und Ausdehnung des Leistungsentgelts eher noch ins Minus zu drücken (vgl. Arpo Nr. 1/2008, S. 3 – 7).

## 14. Februar: Warnstreiks im Gesundheitsbereich

Wie schon in früheren Ausgaben der Arpo beschrieben, sind die traditionell kampfstarken Bereiche des Öffentlichen Dienstes, Entsorgung und Nahverkehr, in besonderer Weise durch Privatisierung und Ausgliederung betroffen, so dass sie nicht mehr im früheren Maße zur Verfügung stehen. Es ist – nicht zuletzt durch tätige Mithilfe der Gewerkschaft selbst – eine neue Lage entstanden, die neue Strategien erfordert. Dazu gehört, dass Gruppen von Beschäftigten aktiv werden müssen, die man früher nicht in der ersten Reihe erwartete. Dass das prinzipiell geht, haben im Jahre 2006 die Krankenhausstreiks in Ländern wie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gezeigt. Diese müssen in der Tarifrunde dann auch zusammengeführt werden, um die Schlagkraft der Organisation ver.di zu verbessern. Für die Warnstreiks war vom Bundesvorstand die Strategie verordnet worden, im Februar in den einzelnen Fachbereichen zu streiken und erst im März alle Branchen zusammenzufassen.

In Hessen wurde dies so umgesetzt. Am 14. Februar wurde für das ganze Bundesland der Fachbereich »Gesundheit,

Soziales etc.« bestreikt, insbesondere also die Krankenhäuser. Zentrale Demonstrationen fanden in Kassel, Gießen, Marburg und Hanau statt. In diesem Rahmen wurde Hanau als Zentrum für ganz Südhessen südlich einer Linie von Frankfurt bis Fulda ausersehen. Nach Polizeiangaben fanden sich 1500 Personen zur Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus ein. Neben Vertretern der örtlichen Einzelgewerkschaften (DGB, ver.di, IG Metall, IG BCE, GEW) sprachen Mitglieder der Landesbezirksleitung.

Eine besonders gelungene Aktion kam von Beschäftigten des diakonischen Werks der evangelischen Kirche. Die Kirchen bilden mit Wohlfahrtsverbänden, Rettungsdiensten wie dem Roten Kreuz und ähnlichen Organisationen den als »Mittelbarer Öffentlicher Dienst« bezeichneten Bereich, der in früheren Zeiten den BAT inhaltlich in der Regel problemlos übernahm. Das ist heute nicht mehr so. Selbst die verschlechterten Regelungen des TVöD werden heute von kirchlichen Gliederungen, von der AWO u.a. unterboten. Der Sprecher der kleinen Delegation der Beschäftigten des diakonischen Werkes bezeichnete dies als kirchliches Lohndumping und wünschte den Streikenden des öffentlichen Dienstes vollen Erfolg. Denn das sei auch im Interesse der Kirchenbeschäftigten. Im übrigen fordern die Beschäftigten des Diakonischen Werks Bestimmungen des TVöD ein, die bei ihnen noch nicht gelten, sowie eine Lohnerhöhung von acht Prozent. Allerdings befinden sie sich in der sogenannten Friedenspflicht und können nur individuell in ihrer Freizeit an Aktionen teilnehmen.

## 19./21. Februar: Warnstreiks in der Kommunalverwaltung

In der darauffolgenden Woche wurde der Fachbereich »Gemeinden« aufgerufen. An diesen Tagen wurden die Kundgebungen nur bezirkswise organisiert. In Hanau wurde am 19. Februar der Freiheitsplatz mit Müllwagen und Bussen blockiert. 800 Streikende aus den kommunalen Verwaltungen, der Stadt- und Kreiswerke Hanau, der Stadtreinigung und der Nahverkehrsbetriebe aus Hanau und Umgebung kamen zur Kundgebung vor das Gewerkschaftshaus.

In ähnlicher Weise wurde am 21. Februar nach Gelnhausen mobilisiert, das seit 2005 die Kreisstadt des Main-Kinzig-Kreises ist. Hier demonstrierten rund 300 Beschäftigte der allgemeinen Verwaltung und des Eigenbetriebes Abfall des Main-Kinzig-Kreises, der Kreiswerke Gelnhausen, von Main-Kinzig-Gas und von der Stadt Schlüchtern vor dem Main-Kinzig-Forum.

Hierzu ist zu bemerken, dass in Hanau und im Main-Kinzig-Kreis die Privatisierung zwar schon viele Bereiche umfasst, aber bisher »nur« formal durchgeführt wurde. Es wurden zwar privatrechtliche Tochtergesellschaften gebildet, die teilweise Absenkungstarifverträge haben, aber sie wurden nicht verkauft. Stadt bzw. Kreis blieben Eigentümer und erkennen die Tarifbindung zum öffentlichen Dienst an.

## 6. März: Gemeinsamer Warnstreik

In der letzten Kundgebung vor der zu erwartenden Friedenspflicht sollten die Fachbereiche zusammengeführt und nochmal eine Schippe draufgelegt werden. Den Zahlen nach gelang das in Hanau. Diesmal waren es rund 1800 Beschäftigte der allgemeinen Verwaltung aller Städte und Gemeinden einschließlich des Main-Kinzig-Kreises, des Klinikums Hanau, der Kreiswerke Hanau und Gelnhausen,

der Main-Kinzig-Gas GmbH, der Stadtwerke Hanau, der Hanauer Straßenbahn und der Sparkasse Hanau, die zur Kundgebung, wie üblich am Gewerkschaftshaus, kamen. Der ver.di-Bezirk Hanau dürfte mit diesen Aktionen das Mobilisierungspotenzial im Main-Kinzig-Kreis ausgeschöpft haben. Der Streik, obwohl als Warnstreik deklariert, ging wie ein Vollstreik über ganze 24 Stunden. Ziel war insbesondere, den Nahverkehr lahmzulegen. Hessenweit waren davon Frankfurt, Wiesbaden, Offenbach, Hanau und Kassel betroffen: Hier blieben Busse, Straßen- und U-Bahnen in den Depots, und nur die Busse der Privatunternehmen und die S-Bahnen fuhren noch.

### Ohne die Landesbeschäftigten

Aber an diesem Tag gab es ein weiteres ein Beispiel, dass ver.di seine Kampfkraft nicht zu bündeln vermag, auch wenn besondere Umstände es verlangen. In der aktuellen Tarifrunde wurde als eines der Ziele ausgegeben, die Laufzeit des TVöD so hinzubekommen, dass künftig wieder gemeinsame Tarifrunden mit den Beschäftigten der Länder möglich sind, die derzeit in der sogenannten Friedenspflicht sind, weil deren Entgelttabellen erst Ende des Jahres 2008 auslaufen. In zwei Ländern besteht außerdem die besondere Situation, dass sie der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) nicht angehören: Das eine ist Berlin, das andere Hessen. Seit dem Austritt Hessens aus der TdL besteht für die Landesbeschäftigten ein tarifloser Zustand, und die ver.di-Landesbezirksleitung versucht, durch Verhandlungen sowie gelegentliche Demonstrationen diesen zu beenden. Derzeit ist die Koch-Regierung abgewählt, aber noch »geschäftsführend« im Amt. Zumindest in Hanau wurde nun geplant, am 6. März die Gelegenheit wahrzunehmen, durch Einbeziehung auch der Landesbeschäftigten Druck auszuüben für den Wiedereintritt Hessens in die TdL.

Der Aufruf war bereits so formuliert und in die Betriebe verteilt, als die Landesbezirksleitung dieses Vorgehen stoppte. Sie berief sich auf einen Beschluss, demzufolge

»... die Tarifkommission für den Bereich der hessischen Landesverwaltung am 4.2.2008



nach längerer Beratung entschieden (habe), dass es für sie keine Option darstellt, sich an den geplanten Warnstreiks im Zusammenhang mit der Tarifrunde im Bereich des TVöD zu beteiligen. ... Es soll demgegenüber vielmehr die Bildung der neuen Landesregierung abgewartet werden.«

Das Scheitern dieser erhofften Regierungsbildung von SPD und Grünen unter Tolerierung durch Die Linke ist bekannt: Sie stand arithmetisch auf tönernen Füßen und wurde von Andrea Ypsilanti rechtzeitig vor einer Blamage abgesagt. Mit der Perspektive einer »geschäftsführenden« Regierung Koch ist erneut zu fragen, worauf ver.di noch warten will. Im übrigen sollte ver.di Hessen sich die Berliner Verhältnisse ansehen, um von der Illusion geheilt zu werden, dass die Farben einer Regierungskoalition entscheidend dafür seien, wie sie sich in Tariffragen verhält. In Berlin, das der TdL ebenfalls nicht angehört, besteht seit 2003 ein Absenkungstarifvertrag, gegen den sich die Belegschaften der Verkehrsbetriebe derzeit wehren. Die dortige Regierung wird von SPD und Die Linke gebildet.

### Der Schlichtungsspruch

Vom 7. März an herrschte in der Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen die sogenannte »Friedenspflicht«. Erwartungsgemäß riefen an diesem Tag der Bundesinnenminister und die VKA die Schlichtung an. Das für Ende März zu erwartende Ergebnis der Schlichter Lothar Späth (für Bund/Kommunen) und Herbert Schmalstieg (benannt von der Gewerkschaftsseite) sollte zeigen, wie weit das gelungen war. Es wurde jedoch eine herbe Enttäuschung. Die Schlichter »empfahlen« am 28. März:

- Erhöhung der Entgelte zum 1.4.2008 um 4,0 Prozent und zum 1.1.2009 um 2,0 Prozent;
- Einmalzahlungen für die Entgeltgruppen







Die Bilder dieser Seiten zeigen Eindrücke von der Demonstration am 21. Februar 2008 in Berlin.

1 – 8 in Höhe von 450 EUR baldmöglichst und für alle Beschäftigten im Juli 2009 auch 450 EUR;

- Erhöhung der Auszubildendenentgelte wie für alle anderen Beschäftigten, Einmalzahlungen für Auszubildende je 150 Euro im April 2008 sowie im Mai 2009;
- Erhöhung des Volumens für das Leistungsentgelt auf 1,5 Prozent für das Jahr 2009;
- Verlängerung der Arbeitszeit ab Juli 2008 auf 39,5 Std. bei Bund und VKA West – im Tarifgebiet Ost VKA bleibt es bei 40 Stunden;
- Laufzeit: bis 31.12.2009;
- weitere besondere Regelungen für die Bereiche Bund, VKA, Überleitungsrecht, Krankenhäuser, Versorgungsbetriebe (TV-V), Nahverkehr (TV-N).

### Der Tarifabschluss

Dieser Schlichtungsspruch wurde als schiere Provokation empfunden. Vor allem die Verlängerung der Arbeitszeit wurde klar abgelehnt, eine deutliche Verbesserung des Lohnangebots gefordert. Die Stimmung übertrug sich auf die Bundestarifkommission. Ein Scheitern der unmittelbar anschließenden Tarifverhandlungen lag erheblich näher als eine Einigung. Dennoch kam es überraschend schnell zum Abschluss, der Montag darauf (31.3.) verkündet wurde. Die wichtigsten Punkte der Tarifeinigung sind:

- Erhöhung der Entgelte zum 1.1.2008 um 50 EUR sowie anschließend um 3,1 Prozent, zum 1.1.2009 um 2,8 Prozent;
- Einmalzahlung im Januar 2009 in Höhe von 225 EUR;
- Erhöhung der Auszubildenden- und Praktikantenentgelte ab 1.1.2008 um 70 EUR;
- Verlängerung der Arbeitszeit ab Juli 2008 auf 39 Std. im Tarifgebiet West VKA - im Tarifgebiet Ost VKA bleibt es bei 40 Std.;
- Sonderregelungen in der Arbeitszeit für Pflegekräfte im Krankenhaus: Arbeitszeit 38,5 Stunden, dafür geringere Lohnsteigerung in 2008 (1,6 Prozent), höhere in 2009 (4,3 Prozent);
- zweieinhalb freie Tage im Jahr für Kitabeschäftigte;
- Laufzeit: 31.12.2009;
- weitere besondere Regelungen für die Bereiche Bund, VKA, Überleitungsrecht, Versorgungsbetriebe (TV-V), Nahverkehr (TV-N).

Auf den ersten Blick sieht diese Einigung nicht viel besser aus als der Schlichtungsspruch. Bei näherem Hinsehen fällt die soziale Komponente auf, die darin liegt, dass ein Sockelbetrag von 50 EUR in die Tabelle gerechnet wird. In den unteren Entgeltgruppen kommt dadurch ein Lohnsteigerungseffekt von bis zu 7 Prozent für 2008 zustande. Im Durchschnitt steigen die Löhne um 5,1 Prozent – die IG Metall hat in der Stahlindustrie mit 5,2 Prozent abgeschlossen. Die Ergebnisse liegen also auf ähnlichem Niveau mit der Privatwirtschaft.

Ein weiterer Punkt, der diesen Abschluss an der Basis akzeptabel macht, teilweise große Befriedigung auslöst, ist

die Reduzierung der Arbeitszeitverlängerung auf »nur« 39 Stunden. Die im TVöD ursprünglich vereinbarte Arbeitszeit von 38,5 Stunden ist wegen einer Öffnungsklausel schon in einer ganzen Reihe von Landesverbänden ohnehin nicht mehr gültig, in Hessen sind es bereits 39 Stunden. Dagegen sichert der jetzige Abschluss die 38,5-Stunden-Woche im Krankenhaus. Dies war sehr wichtig für die dort Beschäftigten. Andererseits gibt es Ablehnung in denjenigen Landesbezirken, die die 38,5-Stunden-Woche noch für alle haben, z.B. in Nordrhein-Westfalen. Deren Delegierte stimmten in der Bundestarifkommission von ver.di gegen die Tarifeinigung. Das Ergebnis insgesamt war 64:25.

In Hanau und im Main-Kinzig-Kreis ist die Stimmung insgesamt positiv. Die Mitglieder von ver.di haben mit einer schnellen Einigung nicht gerechnet und sind erleichtert über den Reallohnzuwachs, der ihnen unterm Strich auch bei der gegenwärtig hohen Preissteigerungsrate bleibt. Sie sehen den Abschluss als Erfolg ihrer guten Beteiligung an den Warnstreiks an. Bei dieser groben Einschätzung muss es zunächst bleiben. Genaueres wird nach der seit dem 7. März angelaufenen Mitgliederbefragung (Urabstimmung) deutlich, deren Ergebnis bei Redaktionsschluss noch nicht vorliegt. Die Gewerkschaft hat eine Erklärungsfrist bis zum 20. März vereinbart.

Das Tarifergebnis erbringt zum ersten Mal seit 2004 eine Lohnerhöhung. Das war überfällig, aber die Wende zu nachhaltigen Lohnsteigerungen ist es nicht. Die Stimmung: »Jetzt sind wir dran!« hat erste Früchte getragen, jedoch bei vorerst noch schönem Konjunkturwetter und nach traditionellen Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit. Real ergibt es eben nur etwas über 1 Prozent, und das ist nicht eben viel. Es ist ein Tarifabschluss, der im Rahmen dessen liegt, was andere Gewerkschaften in diesem Jahr auch abgeschlossen haben. Der Abschluss ist erkämpft worden, jedoch nicht mit vollem Einsatz. Vor einer wirklichen Auseinandersetzung mit wochenlangem Erzwingungsstreik sind beide Seite in letzter Minute ausgewichen, wie die Erklärung Schäubles deutlich macht, man habe ein Ergebnis vereinbart, das bei einem Streik ohnehin herausgekommen sei. Diesen wiederum habe man »dem Land« ersparen wollen.

Trotz allen Ärgers in der Bevölkerung über Reallohnabbau und fortschreitende Verarmung, Preistreiberien bei Energiekosten und Lebensmitteln, trotz »Politikverdrossenheit«, die sich in Wahlenthaltungen, Proteststimmen, Einzug der Partei Die Linke in westdeutsche Landtage äußert: Ein wirkliches Umdenken ist das noch nicht. Noch immer wird versucht, mit traditionellen Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit ein angemessenes »Stück vom Kuchen« abzubekommen. Ob sich daraus in den nächsten Jahren eine aktive kapitalismuskritische Bewegung in den Gewerkschaften formieren kann, ist nicht abzusehen.

6.4.2008 ■

## Der GDL wurden die Flügel gestutzt

In zahlreichen Medien wurde Bahnchef Mehdorn als der große Verlierer des Tarifkonfliktes bei der Bahn dargestellt. Verloren haben zugleich das Zugpersonal und die GDL, auch wenn deren Führung versucht, den Kompromiss als Erfolg zu verkaufen. Aus der Forderung nach einem Tarifvertrag für das Fahrpersonal wurde ein Tarifvertrag, der noch nicht einmal alle Lokführer umfasst. Höchstens für 40 Prozent der Kolleginnen und Kollegen, die im Sommer 2007 angetreten waren, werden von dieser Vereinbarung erfasst. Nachdem bereits im Herbst das Zugbegleitpersonal von der GDL-Führung fallengelassen wurde, mussten für die endgültige Unterschrift auch noch zahlreiche Lokführer »dran glauben«. Auch mit der Eigenständigkeit ist es nicht weit her. Bis 2012 bzw. 2014 verpflichtet sich die GDL, für keinerlei Berufsgruppen mehr zu verhandeln, als die vom Lokführertarifvertrag erfassten – und dies auch noch in Absprache mit den anderen Bahngewerkschaften.

Was im Sommer vorigen Jahres als Aufbruch und befreiendes Signal von zahlreichen Lohnabhängigen – auch außerhalb der Bahn – aufgefasst und begrüßt wurde, zog sich als Hängepartie über Monate hin und endete mit einem Kompromiss, der von den ursprünglichen Forderungen kaum etwas übrig ließ. Die Bereitschaft für einen härteren Arbeitskampf war unter dem Fahrpersonal vorhanden. Es wurde von der GDL-Führung nicht genutzt. So blieb ihr nichts weiter übrig, als eine Waffe nach der anderen aus der Hand zu geben. Sie erhielt dafür den eigenständigen aber eingeschränkten Lokführertarifvertrag und die Anerkennung als Sozial- und Tarifpartner. Auf der Strecke blieben die Beschäftigten, deren Arbeitsbedingungen sich nur geringfügig verbessern, sofern sie überhaupt unter diese Vereinbarung fallen.

Der Verlauf des Arbeitskampfes bei der Bahn war ein Lehrstück sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik. Es war die Angst der GDL-Führung davor, den politischen

Charakter der Auseinandersetzung anerkennen zu müssen, die seine Taktik kennzeichnete: Immer neue Ultimativen an den Bahnvorstand, ohne den angekündigten Drohungstaten folgen zu lassen. Zermürbt wurde nicht der Bahnvorstand, sondern die eigenen Mitglieder, die auf das Signal zum Kampf warteten. Doch das Signal kam nicht. Stattdessen wurden dem Bahnvorstand ständig neue Zugeständnisse präsentiert. Doch darüber wurde die Basis nicht informiert – über den Stand der Verhandlungen war stets Stillschweigen vereinbart worden. Über die entscheidenden Fragen, z.B. ob das Zugbegleitpersonal zu Gunsten einer »friedlichen« Einigung abgehängt werden soll, entschied der Vorstand selbstherrlich.

In ihrer staatstragenden und sozialpartnerschaftlichen Rolle unterscheidet sich die GDL-Führung im Grundsatz nicht von den Vorständen der großen DGB-Gewerkschaften. Und auch das Verhältnis zu den eigenen Mitgliedern ist ähnlich. Sie werden gebraucht zur Stärkung der Verhandlungsposition. Einen Arbeitskampf mit harten Bandagen versuchen die Vorstände zu umgehen, besteht doch die Gefahr einer Politisierung und Radikalisierung der Streikenden. Die würden sich dann nicht mehr so leicht dirigieren und mit faulen Kompromissen wieder an die Arbeit schicken lassen.

»Wir haben gewonnen, aber nur an Erfahrung!« Unter dieser Überschrift nimmt ein GDL-Kollege zum Abschluss Stellung. Aus den Erfahrungen des Arbeitskampfes heraus hat sich in Berlin eine Gruppe von Bahnern gesammelt. Sie verleihen dem Unmut ihrer Kolleginnen und Kollegen eine politische Stimme und versuchen das selbstständige Denken und Handeln zu fördern. Denn allein die Kritik an den Vorständen hilft nicht weiter. Die werden sich auch in Zukunft nicht anders verhalten, wenn nicht die Basis selbstbewusst und eigenständig in kommende Tarifaufeinandersetzungen eingreift.

Wir drucken im Folgenden einen Artikel unserer Gruppe aus dem Rhein/Main-Gebiet ab. Im Anschluss daran die Stellungnahme des GDL-Kollegen sowie einen Leserbrief aus Leipzig. d. Red. ■

## Die Tarifaufeinandersetzung zwischen der GDL und der Deutschen Bahn AG

**Die Auseinandersetzung um den Lokführertarifvertrag zählt zu den längsten Tarifkämpfen in der Geschichte der Bundesrepublik. Die große Aufmerksamkeit und Publizität verdanken die Lokführer und ihre Gewerkschaft nicht nur dem Umstand, dass eine relativ kleine Beschäftigtengruppe einem Großkonzern gegenüber trat – und damit das Bild vom Kampf David gegen Goliath herauf beschwor.**

Wichtiger war, dass die Lokführer (Anfangs noch gemeinsam mit dem übrigen Fahrpersonal) mit dem Paukenschlag einer 31 Prozent-Forderung ein Ende der Zurückhaltung bei den Lohnforderungen signalisierten. Überraschender Weise kam dieses Signal dann noch von einer Gewerkschaft, die in ihrer Führung politisch der CDU zugerechnet wird. Viele Jahre lang hatten die Beschäftigten Lohnabbau und Kürzungen der Sozialleistungen in der Hoffnung hingenommen, in einer Phase guter Konjunktur dafür dann einen Ausgleich zu erhalten. Doch die gute Konjunktur kam nur bei den Unternehmern an, nicht bei

den Arbeitnehmern. So gab es eine breite Stimmung der Sympathie mit den Lokführern und ihren Forderungen. Für die Gewerkschaftslinken war darüber hinaus bedeutsam, dass sich hier eine praktische Kritik an der Tarifpolitik insbesondere der großen DGB-Gewerkschaften ausdrückte. Tatsächlich wurden 2007 in vielen Gewerkschaften deutlich höhere Tarifforderungen von den Mitgliedern durchgesetzt, als in den Jahren zuvor. Es wäre vielleicht zu weitgehend, wollte man darin nur den Einfluss der Lokführer sehen; vielmehr war es eine gemeinsame Grundströmung, die Lokführer und Andere vorantrieb. Diese Stimmung war so stark, dass sich ihr auch führende Vertreter der Berliner Koalition, wie Walter Steinmeier, nicht entziehen konnten (und wollten), die »angemessene Einkommenserhöhungen« für die Arbeitnehmer propagierten, ohne sich allerdings in der Höhe festzulegen.

Nach fast einem Jahr Auseinandersetzung musste die GDL mit einem unbefristeten Streik in allen drei Verkehrs-



sparten drohen, damit der Bahnvorstand zur Unterschrift unter einen bereits zwei Monate zuvor ausverhandelten Tarifvertrag bereit war, der die Erwartungen vieler GDL-Kollegen enttäuscht.

Wir wollen im Folgenden versuchen, aus Verlauf und Ergebnis dieser Tarifrunde zu lernen.

## Eine kleine Gewerkschaft in einem großen Konflikt

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) ist die kleinste der drei Bahngewerkschaften. Bis zum Sommer 2002 war die GDL Mitglied in einer Tarifgemeinschaft mit den anderen beiden Gewerkschaften, Transnet und GDBA. Ihr Organisations-schwerpunkt liegt örtlich in den neuen Bundesländern und personell bei den Lokführern, die zu etwa vier Fünfteln bei der GDL Mitglied sind.

Diese Konzentration auf eine strategisch wichtige Beschäftigtengruppe im Bahnkonzern bedeutet gleichermaßen Stärke wie Schwäche: Stärke, weil die Lokführer für sich genommen in der Lage sind, das Unternehmen über längere Zeit lahm zu legen; Schwäche, weil sie unter 230 000 Beschäftigten eine kleine Minderheit sind. Eine spürbare Folge dieser Schwäche war die Abkehr der GDL von der Forderung nach einem eigenständigen Tarifvertrag für das gesamte Fahrpersonal und die Beschränkung auf die Lokführer.

Das Fahrpersonal (Lokführer, Zugbegleiter und Bistro-Personal) steht nach eigenem Selbstverständnis an vorderster Front, wenn es in der Vergangenheit um die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ging. In der Wahrnehmung dieser Kolleginnen und Kollegen wurden ihre Belange in der Politik der Tarifgemeinschaft gemeinsam mit Transnet und GDBA regelmäßig nicht berücksichtigt und für die Spitze der GDL stellte sich die Frage nach der Bedeutung ihrer eigenen Organisation im Verhältnis zu den beiden anderen.

Die Unzufriedenheit ihrer Mitglieder mit der von der GDL-Spitze kaum zu beeinflussenden Politik der Tarifgemeinschaft und die kontinuierliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei gleichzeitig drohender Privatisierung der Bahn zwang schließlich die GDL-Führung, für ihre Mitglieder eigenständig tätig zu werden. Damit hatte sie nicht nur die Bahn AG zum Gegner, sondern zugleich auch die Gewerkschaften Transnet (ehemals GdED) und GDBA. Gleichwohl stimmten bei der Urabstimmung am 26. August 2007 95,8 Prozent der Mitglieder für einen unbefristeten Streik.

Mit ihrer Forderung nach 31 Prozent Lohnerhöhung hatte die GDL für reichlich Verhandlungsmasse gesorgt. Dass ihr das in der öffentlichen Diskussion nicht zum Nachteil gereichte, lag einerseits an ihrem Geschick, mit dem sie die schlechte Einkommenssituation der Lokführer in der Öffentlichkeit darstellte; so standen die Lokführer nicht als privilegierte Gruppe da, die ihre Macht zum eigenen Nutzen und zum Schaden für Andere ausübt. Andererseits drückte die hohe Tarifforderung eine weit verbreitete Stimmung unter den Beschäftigten aller Branchen aus, die sich als Opfer einer jahrelangen Entwicklung sehen, die den Unternehmern Rekordgewinne, ihnen selbst aber nur Reallohnverluste gebracht hat – und die das geändert sehen möchten.

## Der Arbeitskampf in der Wirklichkeit und in den Medien

Datiert man die Tarifauseinandersetzung zwischen GDL und Bahn AG von der Bekanntgabe der Gehaltsforderung der GDL her, so begann der Konflikt am 19. März 2007 – und er endete nicht mit den Erklärungen beider Tarifparteien

am 16. Januar 2008. Erst am 9. März 2008, nach Einigung über den Grundlagentarifvertrag, war der Arbeitgeberverband zur Unterschrift unter den Tarifvertrag bereit. Über Monate hinweg war der Streik der Lokführer Aufmacher oder doch wenigstens prominentes Thema der Medien – bei insgesamt etwa 190 Streikstunden. Dass auch kurze Arbeitsniederlegungen von zwei oder drei Stunden Wirkungen erzielten, liegt an den Besonderheiten schienenengebundener Verkehre; bei diesen wirken Eingriffe in den Ablauf kumulativ und relativ geringe Störungen bewirken große Effekte. Die GDL-Spitze, vor allem repräsentiert durch den Vorsitzenden Manfred Schell, vermittelte glaubhaft den Eindruck, nur unter extremstem Druck zum Streik aufzurufen, ansonsten aber auf Vermittlung durch (CDU-)Politiker zu setzen. Vor allem aber vermied es die GDL peinlich, die Auseinandersetzung dadurch zu politisieren, dass sie die beabsichtigte Privatisierung oder Teilprivatisierung der Bahn AG zum Thema machte, obwohl dies – gerade auch im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen der Lokführer – nahe gelegen hätte. Tatsächlich ist die GDL-Führung, wie auch die Spitzen von Transnet und GDBA, nicht prinzipiell gegen die Bahnprivatisierung.

Falls die vor allem publizistische Dauerdrohung mit totalem Verkehrschaos und schweren Schäden für die deutsche Wirtschaft als Folge der Lokführerstreiks Wirkung zeigte, dann jedenfalls nicht die von den Zeitungsverlegern mutmaßlich gewünschte. Die Sympathie, die den Lokführern von Anfang an begegnete, nahm während der Auseinandersetzung nicht ab. Wenn auch viele Arbeitnehmer die Forderung von 31 Prozent Lohnerhöhung als überzogen ansahen, so waren sie doch gleichwohl der Meinung, dass den Lokführern eine hohe Lohnanhebung durchaus zustand.

Man kann darüber spekulieren, ob der Bahnvorstand wirklich daran glaubte, ein Gerichtsurteil erwirken zu können, das der GDL Streiks verbieten würde. Wahrscheinlich erhoffte er sich ein Urteil, welches den Spielraum der Gewerkschaft einschränken würde, was dann das Arbeitsgericht Nürnberg Anfang September 2007 auch tat, indem es Streiks nur im Nahverkehr als „verhältnismäßig“ zuließ. Dieses Urteil stieß dann allerdings auch auf Kritik aus den DGB-Gewerkschaften, die darin zu Recht einen Angriff auf das Streikrecht der Gewerkschaften insgesamt sahen. Erwartungsgemäß hatte das Nürnberger Urteil keinen Bestand; das Arbeitsgericht Chemnitz ließ am 2. November Streiks auch im Güter- und Fernverkehr zu. Etwa eine Woche später bestreikten die Lokführer 42 Stunden lang den Güterverkehr, und ab dem 14. November fanden an zwei Tagen punktuelle Streiks im Personen- und Güterverkehr statt.

Es verdient, festgehalten zu werden: Ein langer Streik der Lokführer, womöglich über Wochen und sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr, hätte alle wichtigen Wirtschaftszweige und deren Beschäftigte in den Tarifkonflikt einbezogen und damit auch die Bundesregierung und insoweit die Auseinandersetzung politisiert. Ebenso die Verknüpfung der Tarifforderung mit der Frage der Bahnprivatisierung. Beides ist nicht geschehen und beides war auch von keiner beteiligten Partei beabsichtigt. Die Einbeziehung von Politikern als Schlichter oder Vermittler in der Tarifauseinandersetzung – vor allem in einer für die Öffentlichkeit erkennbaren Weise – findet zwar nicht regelmäßig, aber immer wieder einmal statt; sie ist für sich genommen kein Indiz für eine Politisierung der Auseinandersetzung. Die Sympathie einer breiten Öffentlichkeit, die sich partiell mit den Forderungen der Lokführer identifizieren konnte, ist nicht in Handlungen umgeschlagen, sei es die aktive Unterstützung der Lokführer an den wenigen Streik-

tagen, sei es das Anschließen anderer gewerkschaftlicher Arbeitnehmergruppen.

## Das Ergebnis und die Kritik an der GDL

Aus Sicht der GDL-Führung ist der eigenständige Tarifvertrag für die Beschäftigtengruppe der Lokführer das entscheidende Erfolgskriterium, weil er allein die Grundlage für eine selbständige Existenz der GDL als Gewerkschaft und Tarifpartner der Bahn AG bildet. Wie selbständig die GDL hier sein wird, bleibt allerdings offen, denn das Unternehmen knüpft seine Unterschrift unter den Tarifvertrag an die Bedingung, dass ein Kooperationsabkommen der drei Bahn-Gewerkschaften vorliegt. Im Grunde geht es dabei um die Wiederherstellung der Tarifgemeinschaft aus der Zeit vor dem Sommer 2002. Konfliktpunkte zwischen den beteiligten Gewerkschaften sind vor allem die Forderung von Transnet, das Mandat für die Lokrangierführer zu erhalten, sowie die Sorge der GDL, innerhalb eines Gremiums, welches die Tarifverhandlungen bestimmt, überstimmt werden zu können.

### Das materielle Ergebnis auszugsweise (nach Angaben der GDL):

- 800 Euro Einmalzahlung für die Zeit vom 1. Juli 2007 bis 29. Februar 2008,
- Erhöhung des Entgeltvolumens um 8 Prozent ab dem 1. März 2008,
- eine weitere Erhöhung um 3 Prozent auf dann insgesamt 11 Prozent ab dem 1. September 2008.
- Ab 1. März 2008 neue Entgeltstruktur für Lokführer. Dadurch ergeben sich unterschiedliche individuelle Lohnsteigerungen der einzelnen Lokführer zwischen 7 und 15 Prozent.
- Ab 1. Februar 2009 Reduzierung der tariflichen Arbeitszeit um 1 Stunde auf 40 Wochenstunden unter Beibehaltung der Bezüge.

Der Tarifvertrag gilt allerdings nicht für die Rangierlok- und Lokrangierführer. Auch die Mitarbeiter in der DB Zeitarbeit (DB Service) fallen nicht unter den Lokführertarifvertrag (LftV).

An dem Tarifergebnis gibt es Kritik aus den Reihen der GDL-Mitglieder wie auch aus der Linken.

Für die Mitglieder steht ein Beitrag aus dem Bahnerforum. Der Kollege aus Pankow schreibt u. a.: *»Die aktuelle Situation beschreibt die Entwicklung aller Gewerkschaften in Deutschland. Wir Aktivisten werden jedoch nicht müde werden, diese Struktur zu durchbrechen. Ein LTV (Lokführertarifvertrag), 10 Prozent mehr Lohn und 40h Woche als Ergebnis für bessere Arbeitsbedingungen, sind nicht wirklich als Erfolg zu sehen... Offene Fragen, über den eigentlichen FPTV (Fahrpersonaltarifvertrag), sowie Fragen der Lohnerhöhung und Arbeitsbedingungen scheinen nicht mehr den Stand zu haben, mit dem wir den Arbeitskampf geführt haben. Die GDL-Struktur hat uns benutzt, die Eigenständigkeit zu erreichen und ihre Daseinsberechtigung zu sichern. Dies ist natürlich auch Inhalt des Arbeitskampfs aber nicht der einzige gewesen. Verdummung aus Tradition. Wir geben nicht nach!«*

Der Beitrag trifft den Nagel auf den Kopf. Grundsätzlich unterscheidet sich die GDL-Führung in ihrer politischen sozialpartnerschaftlichen Haltung nicht von den anderen Gewerkschaften. Aber sie hatte und hat andere Existenzbedingungen: Sie muss darum kämpfen, von den anderen Bahngewerkschaften und dem Bahn-Vorstand nicht an die Wand gedrückt zu werden und sie muss auf die Unzufriedenheit ihrer Mitglieder mit der Entwicklung der Löhne und der Arbeitsbedingungen reagieren. Konnte sie auf die-

se Herausforderungen anders reagieren als sie es tat? Und konnte sie im Hinblick auf das Kräfteverhältnis mehr erreichen, als es ihr schließlich gelang?

## Einigung mit Hintertürchen

Die Führung der GDL wollte grundsätzlich eine „normale“ Tarifrunde durchführen und sie schloss von Anfang an aus, die Auseinandersetzung auf eine politische Ebene zu heben. Das liegt durchaus im Wesen einer sozialpartnerschaftlich gestimmten und CDU-nah geführten Gewerkschaft. Während der gesamten Streikdauer war nach außen hin auch kein spürbarer Widerspruch gegen diese strategische Festlegung innerhalb der GDL erkennbar. Auch der Streik war sichtlich das allerletzte und nur widerwillig eingesetzte Kampfmittel der GDL-Führung, die es zudem auch stets fest in ihrer Hand behielt. Viel lieber vertrauten Schell und seine Kollegen auf ihre Verbindungen »in die Politik«. Aus ihrer Sicht war dieses Konzept letztlich auch erfolgreich – jedenfalls bis Mitte Februar 2008. Denn nur mit der Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin konnte Verkehrsminister Tiefensee Mehdorn zum zeitigen Kompromiss mit der GDL zwingen. Die Spitzen von sowohl CDU als auch SPD wollten den Tarifkonflikt bei der Bahn nicht in die Landtagswahlkämpfe Anfang 2008 hinein wirken lassen. Nachdem eine Einigung bei der Bahn bekannt gegeben war, konnten Politiker beider großen Parteien in öffentlichen Erklärungen fordern, dass die Arbeitnehmer in diesem Jahr »angemessen« am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt werden müssten. Der Bahnchef sah sich insofern als Opfer der Politik, wofür er allerdings Angela Merkel öffentlich nicht verantwortlich zu machen wagte und sich stattdessen an ihrem Minister schadlos hielt.

Die Antwort auf die Frage, was eine nicht-sozialpartnerschaftlich gesinnte, kämpferische Gewerkschaft hätte erreichen können, muss zwangsläufig spekulativ bleiben. Sie muss die organisatorische Stärke der GDL innerhalb des Bahnkonzerns ebenso in Betracht ziehen wie die Stärke ihrer Gegner, die sie sowohl auf der Seite des Arbeitgeberlagers hatte, wie auch in den Führungen der DGB-Gewerkschaften und bei deren Mitgliedern bei der Bahn AG. Zu erwägen ist die Konjunktursituation, die Lage auf dem Arbeitsmarkt für die Lokführer, die wirtschaftliche Situation des Unternehmens insgesamt. Einbezogen werden muss aber auch die in weiterem Sinne als Öffentlichkeit bezeichnete Arbeitnehmerschaft, die Berichterstattung der Medien, also vor allem der Presse und des Fernsehens, und nicht zuletzt die Reaktion der Bahnkunden auf die Streiks.

So gesehen, ist die GDL eine kleine, im Wesentlichen berufsständisch geprägte, Gewerkschaft in einem Großkonzern, die mit den Lokführern eine zentral wichtige Berufsgruppe des Unternehmens überwiegend organisiert, die zudem nicht kurzfristig abgelöst oder ersetzt werden kann. Auch suchte der Konzern während der Auseinandersetzung in Zeitungsanzeigen 1 000 Lokführer, machte also auf einen Mangel an dem einschlägigen Fachpersonal aufmerksam. Insoweit ist die Situation der Lokführer vergleichbar mit jener der Piloten bei den Fluggesellschaften. Allerdings ist der DB-Konzern auf dem deutschen Arbeitsmarkt für Lokführer Quasi-Monopolist, denn diese können aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen und technischen Voraussetzungen nicht einfach, ohne neue Ausbildung, ins Ausland zu einem anderen Bahnunternehmen wechseln.

Der Konzern selbst steht unter Druck aus dem Regierungslager, Kosten zu reduzieren und die Privatisierung bzw. Teilprivatisierung des Unternehmens vorzubereiten. Ob der Rationalisierungs- und Kostensenkungsdruck für das Unternehmen Bahn AG ohne die Privatisierungsabsich-



ten geringer wäre, lässt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Auf jeden Fall handelt der Bahn-Vorstand unter seinem Vorsitzenden Mehdorn wie jede andere Unternehmensführung, indem er die Rendite zu Lasten ihrer Beschäftigten steigert und Widersprüche im Arbeitnehmerlager geschickt schürt und ausnutzt.

Streiks im Personen- und Güterverkehr durch die Lokführer treffen schnell Arbeitnehmer und Firmen in großem Maßstab. Vordergründig sieht es also so aus, dass die GDL mit relativ geringem Einsatz einen großen Effekt erzielen kann. Angesichts der Minderheitenposition der Lokführer gilt dies allerdings nur solange, wie sie auf Sympathie oder wenigstens wohlwollende Duldung ihrer übrigen Kolleginnen und Kollegen im Konzern rechnen können. Dies war während des gesamten Tarifkonflikts im großen und ganzen gegeben. Die Unzufriedenheit der bei Transnet und GDBA Organisierten mit ihrem eigenen Einkommen und den verschlechterten Arbeitsbedingungen begünstigte die GDL-Kollegen. Auch waren die Sympathien eines nicht geringen Teils der übrigen Bahnbeschäftigten wahrscheinlich darauf zurück zu führen, dass diese erwarten konnten, von einem besseren Tarifergebnis der GDL-Lokführer selbst ohne eigene Mühen zu profitieren. Dies galt allerdings nur so lange, wie die GDL in ihren Augen ihre Kraft im Kampf mit der Bahn AG nicht überdehnte.

Auch die allgemeine Konjunkturlage war für die Arbeitnehmerseite eher günstig: Die deutsche Wirtschaft boomt seit Jahren und parallel dazu sinkt die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen erheblich. Die Öffentlichkeitsarbeit der GDL war, insbesondere in den Anfangsmonaten, geschickt, indem sie die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der Lokführer in Vergleich zu deren beruflicher Verantwortung und ihren Arbeitsbedingungen setzte. Dabei wurde sie allerdings von einer überwiegend sympathisierenden Berichterstattung der Medien unterstützt, die jedoch stets insoweit ambivalent blieb, als dieselben Medien auch während der langen streiklosen Phasen der Auseinandersetzung mit reißerischen Aufmachern stets die Sorge der Pendler und der übrigen Bahnkunden vor weiteren Streiks schürten.

Unter den genannten Bedingungen ist schwer vorstellbar, wie die GDL ein wesentlich besseres Ergebnis in der gegebenen Zeit hätte erzielen können. Wäre durch weitere Streiks ein deutlich größerer Einkommenszuwachs im Verhältnis zu den anderen Bahngewerkschaften erzielbar gewesen? Diese Frage lässt sich nur höchst spekulativ beantworten. Man kann aber sagen, dass ein wirklich scharf geführter Arbeitskampf durch eine Minorität – und säße sie auch an den wichtigen Schalthebeln – nur Aussicht auf Erfolg hat, wenn letztlich erhebliche Teile der Mehrheit der Beschäftigten mobilisiert werden können. Unter den konkreten Bedingungen hätte dies geheißen: Die GDL

hätte um die Tarifführerschaft für die gesamte Belegschaft bei der Bahn AG kämpfen müssen. Dazu hätte sie eine breite Unterstützung durch mit den anderen Bahngewerkschaften unzufriedenen Belegschaften gebraucht. Aber weder wollte die GDL das Eine (auch deren Mitglieder nicht), noch waren für das Zweite irgend welche Anzeichen zu erkennen.

Tatsächlich verdichtete sich der Eindruck, dass Bahn AG und Transnet-Vorstand auf unterschiedlichen Wegen die Ausschaltung der GDL betreiben wollten, wobei Hansen und seinen Mitstreitern in der Öffentlichkeit die Hauptrolle des Liquidators der Konkurrenzgewerkschaft zufällt. Die Verzögerungstaktik Mehdorns, den im Januar ausverhandelten LfTV an die Einigung der GDL mit der Tarifgemeinschaft zu verknüpfen legte schon das Bild nahe, als wollte man die GDL am ausgestreckten Arm verhungern lassen. In dieser Lage kämpfte die GDL um ihre nackte Existenz als Gewerkschaft.

Wie die GDL diesen Kampf führte, ist allerdings ein Lehrbeispiel für die Schädlichkeit sozialpartnerschaftlicher Ideologien in den Gewerkschaften. Beim gegebenen Kräfteverhältnis hätte die GDL gegen Unternehmer und Tarifgemeinschaft ein substantiell höheres Tarifergebnis nicht erreichen können. Sehr viel wahrscheinlicher ist schon, dass das vorliegende Tarifergebnis sich mit höherem Streikdruck schneller hätte durchsetzen lassen. Als gewiss darf aber gelten, dass nur die Konfliktscheu der GDL-Führung für die fast zweimonatige Hängepartie zwischen Januar und März 2008 verantwortlich war. Die GDL-Führung hätte sich niemals darauf einlassen dürfen, dass Mehdorn seine Unterschrift unter den Vertrag von ihrer Einigung mit den Konkurrenzgewerkschaften abhängig machte. Es war wieder die Rücksicht auf »die Politik«, die Angst vor dem Streik-Paukenschlag in den Landtagswahlkämpfen, die Schell und seine Kollegen knieweich machte.

### Welche Lehren lassen sich ziehen?

Nachdem vor vielen Jahren schon die Piloten der Luftansa aus dem damals von der Gewerkschaft ÖTV getragenen allgemeinen Tarifvertrag ausgesichert waren, vor zwei Jahren die Klinikärzte mit dem Marburger Bund ihren eigenständigen Tarifvertrag durchgesetzt hatten, hat nun mit den Lokführern in der GDL sozusagen das proletarische Element nachgezogen. Aber die Analogie ist nur eine scheinbare. Allein den Piloten gelang es seinerzeit mit ihrer Aktion, sich über Jahre hinweg eine privilegierte Position hinsichtlich Einkommen und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Die Kämpfe der Klinikärzte wie auch jetzt der Lokführer – soweit man sie hier vergleichen kann – gingen darum, sich von weiteren Verschlechterungen infolge der Tarifpolitik der entsprechenden DGB-Gewerkschaften abzukoppeln.

Die Vorstellung (und eine Zeitlang auch die Praxis) des industriegewerkschaftlichen Organisationsprinzips besteht darin, dass kampfstärke Gruppen innerhalb der Industrie bzw. der Verwaltung mit ihrem Einsatz auch den Kampfschwächeren einen Vorteil verschaffen – also angewandte Solidarität. Im Öffentlichen Dienst der Vergangenheit waren es die Müllwerker oder das Fahrpersonal des Personenverkehrs, die in vielen Fällen Tarifikomotive spielten, so wie in der IG Metall die Beschäftigten der Automobilindustrie dies für die Metallverarbeitung insgesamt taten.

Dies aber gilt seit vielen Jahren nicht mehr. Die Führungen der DGB-Gewerkschaften haben verantwortlich daran mitgewirkt, jenes vormalige Prinzip geradezu in sein Gegenteil zu verkehren. Wo das Industrieverbandsprinzip nicht ausdrücklich abgeschafft wurde, da wurde es durch Öffnungsklauseln und unklare Regelungen in Tarifverträ-

### Neu erschienen:

Reprint der Broschüre

#### **Das Verbrechen an den Eisenbahnern.**

**Der Februar-Streik und seine Lehren**

von Paul Frölich, Mitglied des Reichstages

1922, Internationale Verlagsanstalten

40 Seiten, A5-Format

Abgabe zum Selbstkostenpreis von 2,50 EUR  
in Briefmarken an das Postfach der GFSA e.V.  
Postbox 106426 – D-20043 Hamburg

gen ausgehöhlt. In der Praxis hat das bewirkt, dass seit Jahren die schwächsten Gruppen im Konzern dafür herhalten müssen, die Höhe von Tarifabschlüssen nach unten zu ziehen. Es liegt auf der Hand, dass dies gerade von beruflich qualifizierten Beschäftigten auf Dauer nicht akzeptiert werden kann, insbesondere, wenn aus ihrer Sicht die Konjunktur- und Arbeitsmarktlage für sie günstig ist. Das kann im Einzelfall sicherlich zu einer Spaltung innerhalb einer Gewerkschaft führen oder eben zur Weiterexistenz mehrerer Gewerkschaften in einem Unternehmen. Allerdings ist gerade die Politik jener DGB-Gewerkschaften, die darüber Klage führen, z. B. von ver.di, für diese Spaltung maßgeblich.

So richtig die Forderung nach Gewerkschaftseinheit auch ist, so ist doch eine Einheit der Gewerkschaften in Sozialpartnerschaft, Passivität und Gleichgültigkeit gegenüber den Lebens- und Arbeitsbedingungen der eigenen Mitglieder grundfalsch und ihrerseits selbst Ursache von Zersetzung

## Wir haben gewonnen, aber nur an Erfahrung!

**Der Tarifvertrag ist unterschrieben, aber mit dem »Blut« der Zugbegleiter, der Rangierlokführer und der Lokranzierführer. So positiv die gewonnene Eigenständigkeit für die GDL ist, so traurig ist der Preis dafür.**

So wurde in den letzten Stunden vor dem angedrohten Streik viel schwerwiegendere Kompromisse gemacht, als in dem ganzen Arbeitskampf. Es wird als Erfolg verkauft, dass eine Gewerkschaft das Recht zugesprochen bekommen hat, Arbeitnehmer in einem Unternehmen zu vertreten. Die Lokführer von DB Service (Tochterunternehmen von DB Zeitarbeit) können sich freuen, dass sie zukünftig von einer Gewerkschaft vertreten werden. Doch in den »Genuss« des Lokführertarifvertrag (LfTV) kommen sie nicht. Daher bleibt abzuwarten, zu welchen Konditionen sie zukünftig arbeiten werden. Wenn die Lokführer des LfTV keine Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen erfahren werden, was kommt dann für die unterbezahlten Lokführer von DB Service heraus?

Die persönliche Zusage des (noch) GDL-Vorsitzenden, dass in den nächsten Tarifverhandlungen wieder um die Zugbegleiter gekämpft wird, war leider nur eine Seifenblase. Ebenso die Aussage vom zukünftigen GDL-Vorsitzenden, die Zugbegleiter noch stärker zu werben. Dass die GDL in den Kompromissverhandlungen selber auf die Vertretung anderer Berufsbereiche bis 2014 verzichtet hat, zeugt von keinem großen Interesse an den Zugbegleitern. Nicht dass diese Fahrpersonale schon einmal im Arbeitskampf geopfert wurden, nein sie wurden ein zweites Mal geopfert. Bis 2014 wird kein Zugbegleiter auf die Interessenvertretung durch die GDL warten. Dieser Kuhhandel durch die GDL wird sich nicht wiederholen.

Dank des Einsatzes der Transnet während des letzten Verhandlungswochenende bekommen alle Lokführer einen Lohnzuwachs von 1600 EUR bis zum 31. Januar 09 zugesichert. Diese Regelung wurde aus dem Tarifvertrag der »Tarifgemeinschaft« 1:1 übernommen. Gerade die Lokführer mit einem tatsächlichen Lohnzuwachs aus dem LfTV von gerade mal 20 – 25 EUR wird es freuen.

Da werden sich gerade diese Kollegen keine Gedanken darüber machen, **dass es keine einzige Verbesserung der Arbeitsbedingungen geben wird.** Alles bleibt beim Alten. Allein die für Februar 2009 zugesagte Absenkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche lässt etwas Positi-

und Spaltung. Ein Zusammenwirken von verschiedenen Gewerkschaften auch in einem Unternehmen gerade von der Größe eines Konzerns wie der Bahn AG setzt allerdings voraus, dass es über die gemeinsamen Ziele Einigkeit gibt. Dass es diese Einigkeit bei der Bahn AG nicht gab, war auch Ursache für den Austritt der GDL 2002 aus der Tarifgemeinschaft. Jetzt ist es der Bahnvorstand, der sogenannte Kooperationsabreden zwischen GDL und Tarifgemeinschaft erzwingt. Mehdorns Ziel ist es, die Lokführer wieder unter die Aufsicht durch Transnet und GDBA zu bringen. Das Ziel der Lokführer dagegen muss es sein, ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Partnergewerkschaften als Verbündete für eine aktive und kämpferische Interessenvertretung zu gewinnen. Denn wenn die Mitglieder der drei Bahngewerkschaften ihren Interessen in Zukunft nicht deutlich Geltung verschaffen, dann werden die Führungen im sattsam bekannten sozialpartnerschaftlichen Kurs auf Kosten der Beschäftigten bei der Bahn weiter agieren. 18. März 2008 ■

ves erkennen. Wenn dann noch die tatsächliche Arbeitszeit pro Woche für die Lokführer gesenkt wird, haben viele Lokführer etwas davon. Denn tatsächlich arbeiten sehr viele Lokführer über 50 Stunden in der Woche. Da kann auch eine 30-Std-Woche vereinbart werden, wenn die Lokführer tatsächlich mehr als 50 Stunden arbeiten müssen.

### Es bleibt nur ein Fazit übrig:

Die Stärke in der GDL liegt bei der geschickten Lenkung der Mitglieder. So haben alle Fahrpersonale eine deutliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen gefordert (FPTV) und viele Fahrpersonale wurden damit gelockt. Sehr viele Fahrpersonale sind auf diesen Geisterzug aufgesprungen und haben geschlossen für ihre Interessen gekämpft. Die Eigenständigkeit war für fast alle genauso wichtig, wie die Verbesserungen im Arbeitsalltag. Jedoch bleiben nun viele Fahrpersonale außen vor und die verbliebenen Lokführer können sich bei der Transnet bedanken, dass sie wenigstens einen Lohnzuwachs von 1600 EUR bis zum Januar 2009 garantiert bekommen, wenn es schon keine verbesserten Arbeitsbedingungen geben wird.

Ein deutliches und von mir schon zeitig betontes Ergebnis gibt es aus diesem Arbeitskampf. Die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer wollte und hat, mit dem Mittel des Rattenfang ihrer eigenen Mitglieder, die Eigenständigkeit erkämpft. Klare Verbesserungen für die Fahrpersonale wird es nicht geben. Die Eigenständigkeit steht nur auf dem Papier, was für die GDL-Spitzen entscheidend war und ist, denn die Existenz wurde mit allen Mitteln und vielen Op-

### DIE ZEIT schreibt:

Ausgerechnet das »manager magazin« hat nun ... verblüffend schonungslos beschrieben, warum die »Angst die Bürotürme heraufkriecht« und das Systemvertrauen der Bürger schwindet. Es geht dabei nicht um den Verlust irgendwelcher »Werte«, die heute salbungsvoll beschworen und morgen vergessen werden. Es geht auch nicht um handelsübliches Elitenversagen oder die Glaubwürdigkeit eines Managers, der schneller als die Post sein Geld am Fiskus vorbeischiebt. Es geht um **die Legitimität der Wirtschaftsform insgesamt.** »Die Bürger stellen die Systemfrage & Bislang gärt der Frust im Stillen. Ganz langsam und fast unsichtbar höhlt er die westlichen Marktdemokratien von innen aus.« (27. März 2008) ■



fern gesichert. Fakt ist, in den nächsten Tarifrunden darf die GDL Forderungen aufstellen, wenn die konzerneigene Gewerkschaft Transnet dem zustimmt. Die GDL darf für diese gemeinsam mit der Transnet aufgestellten Forderungen dann auch kämpfen. Bevor sie jedoch einen Tarifvertrag abschließen kann, braucht sie wieder die Unterschriften der Transnet und der GDBA. **Wegen dieser Kompromisse haben die Fahrpersonale nicht gekämpft, gelitten und geblutet!**

U.K., Eisenbahner ■

## ■ LESERBRIEF

# Haben wir gelernt?

**Die Tarifverträge der GDL liegen auf dem Tisch. Die Ergebnisse weichen erheblich von der ursprünglichen Zielstellung ab. Die GDL ist wieder eine Standesorganisation. Bis 2014 wird sie nur Lokführer ansprechen. Das ist eine Art Selbstaufgabe.**

Die Zugbegleiter, die der GDL das nötige Gewicht in der Tarifaufeinandersetzung gegeben haben, wurden schon frühzeitig aus den Verhandlungen wieder ausgegliedert. Sie waren das Zünglein an der Waage. Sie durften gehen, nachdem die GDL-Führung erreicht hatte, dass ihr ein Platz an der Futterkrippe des Konzerns in Aussicht gestellt wurde. Die Enttäuschung der Kollegen war groß. Schell wurde mit einem üblen Demagogen verglichen. Der unbefristete Streik, von Claus Weselsky als „Sozialromantik“ bezeichnet, wurde von Anfang an verhindert. Ein Bekenntnis zur kämpferischen allgemeinen Arbeitnehmersolidarität – Wesensmerkmal der Gewerkschaften – ist bei der Führung der GDL bis heute nicht festzustellen. Was also haben die Kollegen gewonnen?

Man könnte sagen: »Nur an Erfahrung!« Und insofern es um den Lokomotivführertarifvertrag (LFTV) und das damit zusammenhängende Tarifwerk geht, stimmt das auch weitgehend. Aber es handelt sich um eine Erfahrung von unschätzbare Bedeutung. Zwar zog vor längerer Zeit Manfred Schell durch die Lande, um die Kollegen – vor allem in Ostdeutschland – zu befragen, ob sie zu einem schwierigen und möglicherweise langen Kampf bereit sind, aber daraus ist nicht zu schließen, dass der Zug, der sich mit dem ersten Warnstreik in Bewegung gesetzt hatte, ein »Geisterzug« war. Das war er m.E. nicht. Ganz reale Probleme hatten ihm den nötigen Schwung verliehen. Ich bin Transnet-Mitglied und habe in den vielen Gesprächen, die ich damals mit Kollegen führte, die in die GDL eingetreten sind, immer wieder gehört, was mich auch selbst bewegt: Hansen kungelt mit Mehdorn – er vertritt nicht unsere Interessen, Hansen ist Vizechef des Aufsichtsrates – das sagt alles, die Transnet kämpft nicht, die Arbeits- und Lebensbedingungen des Fahrpersonals spielen für die Transnet keine Rolle usw. »Geisterhaft« war es aber schon, wie es der GDL-Führung gelang, die Zugbegleiter und teilweise auch das Gastpersonal zu organisieren. Solch eine kämpferische Stimmung, die fast jedes Gespräch möglich machte, hätten sich die oppositionellen Kollegen der Transnet und der GDBA auch gewünscht. Der Druck kam von unten! Da waren keine »Geister« im Spiel. Die Kollegen wollten für ihre Interessen eintreten, **sie wollten dafür kämpfen – und das hieß streiken.** Hier nun liegt mein Ansatzpunkt, wenn ich sage: **Völlig unabhängig von der Beurteilung des Tarifabschlusses, gewonnen haben die Kollegen vor allem einen neuen kämpferischen Ausgangspunkt für die Gewerkschaftsarbeit.**

Die weitere Auswertung der Erfahrungen des Eisenbahnerstreiks, wie ich ihn nenne, wird zeigen, dass sich die

klassenbewussteren Gewerkschafter aus allen drei Bahngewerkschaften (und solche finden sich nicht nur unter den »einfachen Mitgliedern« ohne Funktion, obgleich sie eine Minderheit sind) zusammenschließen müssen. Sie haben damit nur dann Erfolg, wenn sie in eindeutigen gewerkschaftlichen Stellungnahmen deutlich machen, dass es ihnen um die Interessen der Eisenbahner geht, die ja auch nur Lohnarbeiter sind.

Und wenn ihnen das nicht gelingt, wenn sie die Desillusionierung nicht umsetzen in praktische politisch-organisatorische Arbeit innerhalb ihrer Gewerkschaften, dann ist es auch mit dem neu gewonnenen Ausgangspunkt vorbei. Gerade jetzt, wo unübersehbar ist, dass der alles entscheidende politische Charakter der Tarifaufeinandersetzung stark verkannt wurde, ist dies dringender denn je. Denn der Börsengang soll durchgepeitscht werden. Die Privatisierung war und ist der Boden, auf dem die Auseinandersetzungen gewachsen sind. Und die Kämpfe haben gezeigt, dass der »Standesorganisation GDL« nicht etwa die »Klassenorganisation Transnet« als Gewerkschaft gegenüber steht. Es gibt hier eindeutige Kriterien. Der Wille und die Bereitschaft zum Arbeitskampf, zum Streik, sind das entscheidende Merkmal des Gewerkschaftsbegriffes. Somit ist es die umfassende Solidarität der Arbeitnehmer, um die es geht. Aber an dieser Frage scheiden sich die Geister. Nicht nur innerhalb der Bahngewerkschaften, sondern auch im DGB.

Was hat denn der Eiertanz der DGB-Gewerkschaftsspitzen hinsichtlich der Frage der Solidarität mit den Kollegen der GDL bewiesen? Was hat er gerade auch in der Situation bewiesen, als es ans Streikrecht ging? Und was hat er bewiesen, als Sommer von einer beachtlichen Leistung sprach, um dann wieder die Entsolidarisierung durch die GDL zu beklagen? Er hat bewiesen, dass selbst die DGB-Gewerkschaften in entscheidenden Situationen eher zum Werkverein, als zur Gewerkschaft neigen. Das mag sehr zugespitzt erscheinen, aber das tätige Bekenntnis zur Klassensolidarität, das es auch den Beamten ermöglicht, Anschluss an den Gewerkschaftsbegriff zu finden, fehlte in dem Tarifkonflikt um den eigenständigen GDL-Tarifvertrag auf Spitzenebene völlig. Weiter unten in der Pyramide war das ganz anders. Ich habe keinen Lokführer kennen gelernt, der sich mit anderen Kollegen (ob bei der Bahn oder anderswo) nicht solidarisch erklärt hat.

Aber wir wissen, dass selbst die GDL, die in hohem Maße auf Solidarität angewiesen war, auf Vorstandsebene (regional und überregional) manche wichtige Solidaritätsaktion verhindert hat. Für mich lautet daher die entscheidende Schlussfolgerung für die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung in allen drei Bahngewerkschaften (bei der Transnet steht der Gewerkschaftstag bevor): **Es ist die Aufgabe der klassenbewussten Gewerkschafter, dem »Standesdenken«, dem Denken im Rahmen von »Werkvereinen« (»Sozialpartnerschaft« schafft hierfür typische Voraussetzungen), dem Denken als schlechthin »Arbeitnehmerkoalition«, die kämpferische Solidarität aller Arbeitnehmer, aller Lohnabhängigen zur Wahrnehmung ihrer Interessen bewusst und scharf entgegenzustellen.** Dann können wir wirklich von Gewerkschaften sprechen. Und um die Gewerkschaft in des Wortes engster Bedeutung ging es sehr vielen meiner Kollegen, als sie in die GDL eingetreten sind. Sie haben sich die Mitgliedschaft in einem arbeitskampfwilligen organisatorischen Zusammenschluss erhofft, der den Solidaritätsgedanken grundsätzlich bejaht und auf die kämpferische Vertretung ihrer Interessen als Eisenbahner gegenüber dem Bahnkonzern angelegt ist. »Darum...Hand angelegt, alle Kräfte der Opposition ans Werk!« Dieser Schluss des »Roten Gewerkschaftsbuches« könnte unser Anfang sein.

H. M., Eisenbahner ■

# Koch abgewählt – SPD in der Krise

**Die Landtagswahlen in Hessen haben bundesweit für großes Aufsehen gesorgt, wie es sonst nur selten bei derartigen Wahlen der Fall ist. Roland Koch sorgte schon im Wahlkampf für eine starke Zuspitzung, indem er die Kriminalität besonders ausländischer Jugendlicher zu einem zentralen Thema machen wollte. Noch größere Bedeutung hat jedoch die durch das Wahlergebnis in Hessen ausgelöste Diskussion innerhalb der SPD über den Umgang mit der Linkspartei. Die Politik der Agenda 2010 und die Beteiligung an der großen Koalition haben zur Schwächung der SPD sowie zum Entstehen und Wachsen der Linkspartei beigetragen.**

Diese ist nun auch in westdeutschen Landtagen vertreten. Will die SPD auch weiterhin auf keinen Fall mit der Linkspartei zusammenarbeiten, hat sie angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse realistisch die Chance einer Regierungsbeteiligung nur in einer großen Koalition oder unter Einbeziehung der FDP. In solchen Konstellationen wird die SPD aber weiterhin an unsozialen Maßnahmen mitwirken müssen und so auch weiterhin zur Stärkung der Linkspartei beitragen. Bei einer wie auch immer gearteten Kooperation mit der Linkspartei muss die SPD aber befürchten Wähler in der sogenannten »Mitte« zu verlieren, die gerade von der Notwendigkeit der sozialdemokratischen Reformpolitik der letzten Jahre überzeugt sind. Bei diesem Konflikt geht es neben dem taktischen Verhältnis gegenüber der erstarkten Linkspartei auch um die politische Ausrichtung der SPD selbst: Soll die Partei weiterhin als Partei einer wirtschaftsfreundlichen Reformpolitik präsentieren oder aber sich wieder den traditionellen Wählern zuwenden, die sich zu einem großen Teil als Verlierer dieser Politik sehen. Diese Auseinandersetzung ist noch nicht beendet und wird die SPD noch einige Zeit beschäftigen.

## Roland Koch spitzt zu und scheitert

Kaum sagten Umfragen zur hessischen Landtagswahl für Roland Koch den Verlust der absoluten Mehrheit voraus und stellten sogar eine Koalition von CDU und FDP in Frage, da setzte der hessische Ministerpräsident wieder auf die rechtspopulistische Karte. Der brutale Überfall zweier Jugendlicher in München auf einen Rentner – von Videokamera erfasst und im Fernsehen gezeigt – kam da gerade recht. Die hessische CDU stellte von da ab die Jugendkriminalität in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und spitzte dieses Thema zu: Einerseits auf die Forderung nach härteren Strafen und andererseits auf die Hervorhebung des Anteils Jugendlicher »mit Migrationshintergrund« an den Straftaten. Das Ende der »Kuschelpädagogik« und die erleichterte Abschiebung straffälliger Jugendlicher ohne deutschen Pass wurden als Lösung des Problems ausgegeben.

1999 hatte Koch schon einmal einen gegen Ausländer/innen gerichteten Wahlkampf geführt und konnte damit in Hessen die bis dahin regierende rot-grüne Koalition ablösen. Damals hetzte die CDU gegen den sog. »Doppelpass«, durch den die noch neue rot-grüne Koalition im Bund die Einbürgerung ausländischer Menschen erleichtern wollte. Durch eine Unterschriftenkampagne mobilisierte Koch die Gegner einer solchen Reform des Staatsbürgerrechts und sein Sieg bei den Wahlen stoppte diese Reform insgesamt. Damals und besonders bei den Wahlen 2003 spielte die Unzufriedenheit der SPD-Wähler über den Kurs der Bun-

desregierung unter Schröder und Fischer eine entscheidende Rolle bei der Schwächung des rot/grünen Lagers.

Koch profilierte sich damit als wichtiger Vertreter des nationalkonservativen Parteiflügels und hoffte mit dem Thema »kriminelle ausländische Jugendliche« auch dieses mal wieder das rechte Lager mobilisieren und auch darüber hinaus Wählerstimmen gewinnen zu können. Doch diese Rechnung ging nicht auf.

Das hat zwei Gründe: Erstens war es zu deutlich, dass das Thema Jugendkriminalität nur zu Wahlkampfzwecken ausgegraben wurde. Und dieses Thema erwies sich als zu komplex, um es auf handfeste Parolen (»mehr Härte«, »kriminelle Ausländer raus«) reduzieren zu können. Fast alle Experten widersprachen solchen »Lösungen« und bekamen in den Medien großen Raum zur Verfügung gestellt. Koch wurde dann auch mit der Realität im Lande Hessen konfrontiert, wo nicht nur Gelder für Präventionsmaßnahmen gestrichen wurden, sondern auch bei Polizei und Justiz Personal gestrichen wurde. Sobald diese Tatsachen und auch noch der überdurchschnittliche Anstieg der Jugendkriminalität in Hessen zur Sprache kam, geriet Kochs Kampagne ins Stottern und das Thema wurde zum Rohrkreppier. Viele Menschen fühlten sich von der Art und Weise, wie Koch dieses Thema anging abgestoßen. Koch verunsicherte damit nicht nur die eigenen Anhänger, sondern mobilisierte auch seine Gegner. Die starken Stimmengewinne der FDP dürften auch auf die Ablehnung der Koch'schen Polarisierung durch viele CDU-Anhänger zurückzuführen sein.

## »Soziale Gerechtigkeit« mobilisiert

Zweitens überschneidet sich das Thema Jugendkriminalität mit dem anderen großen Thema des Wahlkampfes: der »sozialen Gerechtigkeit«. Vielen Menschen ist klar, dass die Verrohung von Jugendlichen nicht getrennt werden kann von der Verarmung und sozialen Ausgrenzung gerade kinderreicher Familien sowie der Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher. Indem die hessische SPD die »soziale Gerechtigkeit« zum Wahlkampfthema machte, griff sie die Stimmung auf, die in breiten Teilen der Bevölkerung und besonders bei den Lohnabhängigen vorherrscht (siehe *Kasten*). Mit Andrea Ypsilanti hatte die SPD eine Spitzenkandidatin, die dieses Thema glaubwürdiger vertreten konnte als die Bonner SPD-Politiker: Sie opponierte als Landesvorsitzende gegen den Kurs von Schröders Agenda-Politik und in einem parteiinternen Vorwahlkampf setzte sie sich mit ihren Themenschwerpunkten gegen den als wirtschaftsfreundlich eingestuften Fraktionsvorsitzenden Jürgen Walter durch. Ypsilanti wurde aber auch von Parteirechten unterstützt, da ihr am ehesten zugetraut wurde den Einzug der Linkspartei in den Landtag zu verhindern. Viele Gewerkschafter/innen mit SPD-Parteibuch, die aufgrund der Bundespolitik erhebliche Zweifel am Kurs ihrer Partei haben oder dieser bei der Bundestagswahl bereits die Gefolgschaft aufgekündigt hatten, konnten dieses mal mit voller Überzeugung im Wahlkampf aktiv werden.

Mit einem Energieprogramm, das vor allem auf den Ausbau regenerativer Energiequellen setzte, konnte Ypsilanti auch Anhänger/innen der Grünen ansprechen. Dies und die Zuspitzung des Wahlkampfes auf die Alternativen Koch oder Ypsilanti erklären den Rückgang der Stimmen für die Grünen von 10,1 auf 7,5 Prozent.

Überregional wurde Roland Koch vor allem durch seine rassistischen Kampagnen bekannt. In Hessen betrieb er jedoch auch eine rigorose Politik des Sozialabbaus: So wurde die Arbeitszeit der Landesbeamten von 38,5 auf altersabhängig bis zu 42 Stunden erhöht, das Land verließ die Tarifgemeinschaft der Länder, Landeszuschüsse für Wohlfahrtsverbände und andere soziale Einrichtungen wurden radikal gestrichen und es wurden Studiengebühren eingeführt. Gegen diese Operation »Sichere Zukunft« gab es breite Proteste von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und den Studenten. Letztere führten zahlreiche Demonstrationen gegen die Studiengebühren durch und sammelten 73.000 von den Meldebehörden beglaubigte Unterschriften für ein Verfassungsklage dagegen. (Die hessische Verfassung garantiert unentgeltliche Schul- und Hochschulausbildung). Die Gewerkschaften rufen die Landesbeschäftigten sporadisch immer mal wieder zu Warnstreiks auf, können aber den seit fast vier Jahre anhaltenden tariflosen Zustand nicht beenden.

Viele von den Kürzungen Betroffenen hofften daher, durch den Ausgang der Wahlen könnte das erreicht werden, was im außerparlamentarischen Widerstand nicht gelang. Mit der Unterschriftenkampagne für Mindestlöhne griff die SPD aber auch bundespolitische Themen auf und sprach das weitverbreitete Gefühl an, in Wirtschaft und Gesellschaft gehe es ungerecht zu. Dieses Empfinden sitzt mittlerweile so tief, dass sich die Betroffenen auch durch rassistische Kampagnen dadurch nicht mehr ablenken lassen.

Ein weiterer Schwerpunkt der SPD war die Bildungspolitik. Sie konnte von einer großen Unzufriedenheit vieler Eltern und Lehrer profitieren. Vor allem die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre sorgte bei den Eltern für sehr großen Unmut. Da die Lerninhalte nicht entsprechend angepasst wurden, führt dies bei den Schüler/innen zu hohen Belastungen. Viele Eltern fürchten, dass ihre Kinder unter diesen Bedingungen nicht das Abitur schaffen. Die Führung unter Koch und Kultusministerin Wolf hatten die Unzufriedenheit der Eltern von Gymnasiasten völlig unterschätzt, deren Familienleben durch massiven Nachmittagsunterricht und anschließende Hausaufgabenbetreuung bei Sechst- und Siebtklässlern (35-Stunden-Woche), erheblich belastet war. Ausdruck dieses Bruchs mit Stammwählern ist die Kritik des CDU-nahen Philologenverbands an der hessischen Bildungspolitik und der Austritt von Frau Wolf aus dem Verband am Tag vor der Wahl. Gerade in ihren Hochburgen wie Fulda verlor die CDU bis zu zwanzig Prozent ihrer Wähler.

Vorsichtig stellte Ypsilanti auch das dreigliedrige Schulsystem in Frage, das durch die PISA-Studie für die schlechten Bildungschancen sozial Benachteiligter verantwortlich gemacht wird.

Bei aller Rhetorik blieben SPD und Frau Ypsilanti z.T. sehr vage, als es um konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit ging. So wurden zwar Unterschriften für einen Mindestlohn gesammelt, es fehlte aber jeder Hinweis darauf, wie hoch dieser denn sein sollte. Allerdings genügte es Vielen, dass dieses Thema überhaupt angesprochen wurde. Die SPD konnte damit Wähler/innen zurückgewinnen, die ihr bei den letzten beiden Landtagswahlen die Gefolgschaft verweigert hatten. Auch potentielle Wähler der Linkspartei scheinen sich mit einer solchen SPD wieder anfreunden zu können. Jedenfalls schaffte sie den Einzug ins hessische Landesparlament nur ganz knapp.

Bei den zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen in Niedersachsen hatte sich die dortige SPD mit der »sozialen Gerechtigkeit« nicht glaubwürdig als Alternative darstel-

len können. Und Ministerpräsident Wulf versuchte im Gegensatz zu Koch bewusst eine Polarisierung zu vermeiden. Bei einer um 10 Prozent abgesunkenen Wahlbeteiligung verloren bis auf die Linke alle Parteien an Stimmen. Hatte die PDS 2003 noch 21.206 Stimmen, so steigerte sie sich auf jetzt 243.100 Stimmen und erhielt damit 7,1 Prozent. Entscheidend war jedoch, dass sie auch dort, wo sie keine Wahlwerbung betreiben konnte, meistens über 5 Prozent der Stimmen erhielt.

Für die Linkspartei ist festzuhalten, dass es auch Ypsilantis »linker« Wahlkampfstrategie nicht gelungen ist die Partei aus dem hessischen Landtag fernzuhalten. Sie konnte besonders bei Arbeitslosen Stimmen gewinnen (15,3 Prozent). Auch bei Arbeitern schnitt sie mit 7,6 Prozent überdurchschnittlich ab. In diesen beiden Sektoren verlor die CDU überdurchschnittlich viele Stimmen, während die SPD hier nur weit unter Durchschnitt hinzugewinnen konnte. Von den Gewerkschaftsmitgliedern gaben 9,2 Prozent ihre Stimme der Linkspartei. Ihre 140.000 Stimmen konnte sie hauptsächlich von ehemaligen SPD-Wählern (38900) und aus dem Pool der Nichtwähler (37500) gewinnen. Nennenswerte Zuwächse gab es aber auch von CDU (27700) und GRÜNEN (17700).

Die Linke hatte auch in Niedersachsen bei Arbeitern und Arbeitslosen einen überdurchschnittlichen Zuspruch.

Auffallend ist jedoch die Diskrepanz zwischen dieser relativ großen Zahl an Wähler/innen und den wenigen Mitgliedern der Partei. Einer Zahl von etwa 2.300 Mitgliedern stehen über 140.000 Wähler/innen gegenüber. Auf ein Mitglied kommen damit etwa 61 Wähler/innen. Obwohl die SPD seit 1991 etwa 40 Prozent ihrer Mitglieder verlor, ist deren Anteil an den Anhängern noch immer wesentlich höher: Sie hat in Hessen über 67.000 Mitglieder und unter 15 Wählern ist etwa ein Mitglied. Die Bindung an die Partei ist bei den Wählern der LINKEN also nicht sehr ausgeprägt.

Andrea Nahles (SPD-Bundesvorstand) spricht somit ein ernstes Problem an, wenn sie sagt, *»Ich halte die Linkspartei im Westen immer noch für sehr instabil. Und ich bin sicher, dass die SPD viele ihrer Wähler erreichen kann. Viele Wähler geben dieser Partei nur deshalb ihre Stimme, weil sie die »richtigen Probleme« anspricht, ohne selbst Lösungen anzubieten. Das ist ein Signal an die anderen Parteien, sich um diese Themen zu kümmern.«* Deshalb dürfe die SPD die Linke aber nicht jetzt schon als dauerhafte Kraft im Westen akzeptieren.

Frau Nahles vergaß allerdings hinzuzufügen, dass auch die SPD die sozialen Probleme vorwiegend rhetorisch angeht, ohne angeben zu können, wie mehr soziale Gerechtigkeit durchgesetzt werden soll. Hierzu bedürfte es einer Konfrontation mit dem Unternehmerlager, was für die SPD jedoch nicht in Frage kommt. Die Weigerung, bei der Regierungsbildung mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten zeigt, dass sie mit den sozialen Fragen zwar Wahlkämpfe bestreiten, aber die Probleme nicht ernsthaft angehen will. Daher wird es auf absehbare Zeit auch im Westen genügend Spielraum für die Linkspartei geben und die SPD wird sich damit abfinden müssen.

## Widersprüche in den Volksparteien nehmen zu

Für das rechtskonservative Lager der CDU bedeutet die Niederlage Kochs einen schweren Rückschlag. Dies ist aber nicht gleichzusetzen mit einer endgültigen Niederlage. In der Partei ist nun aber eine offene Auseinandersetzung über den künftigen Weg ausgebrochen. Dabei geht es um die Frage, wie weit sich die Partei liberal und »weltoffen« geben kann, ohne die konservativen Stammwähler zu verlieren. Eine weitere Frage ist, wie sich die CDU gegenüber der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit verhalten soll. *»Angela*



Merkel fährt in der großen Koalition einen Linkskurs, der von den bürgerlichen Stammwählern in der Unio nicht mitgetragen wird«, sagte der Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, im ZDF. Dies zeige sich in der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik und etwa in den Änderungen an den Hartz-IV-Gesetzen. Ähnliche Stimmen kommen auch von Kapitalvertretern außerhalb der CDU. Der Chefvolkswirt der Dresdner Bank, Michael Heise, sieht in den Wahlergebnissen ein klares Signal dafür, dass die politische Linke in Deutschland an Bedeutung gewinnt. »Das ist nicht die Botschaft, die wir für Deutschland brauchen«, sagte Heise der Zeitung. Dadurch werde der Reformdruck auf die Politik »sicher nicht erhöht, sondern gedämpft«. Die Politik habe der Stimmung des Volkes »enorm Rechnung getragen«. »Ich wünsche mir von der Bundesregierung, speziell von Bundeskanzlerin Merkel, dass sie sich davon distanziert«, forderte Heise. (Spiegel-online 28.1.2008)

Der nordrhein-westfälische Sozialminister und Vorsitzende des CDU-Arbeitnehmerflügels, Karl-Josef Laumann, verlangte hingegen von seiner Partei, sie müsse sich »ständig um die Arbeitnehmer kümmern«. Ohne einen großen Anteil an Arbeitnehmerstimmen sei eine Mehrheit von CDU und FDP nicht zu bekommen. Der Einzug der Linken in die Parlamente westdeutscher Flächenländer mache deutlich, »dass sich in unserer Gesellschaft etwas verändert«.

Heftiger ausgetragen werden die Gegensätze in der SPD. Hier geht es darum, ob auch im Westen eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der LINKEN zu den Optionen der Partei gehören soll. Andrea Ypsilanti hatte im Wahlkampf und auch danach eine Zusammenarbeit stets abgelehnt, auch wenn sie realistisch nicht sagen konnte, welche Alternativen es gebe. Denn auch eine große Koalition lehnte sie ab und einer »Ampelkoalition« aus SPD, Grünen und FDP verweigerten sich die Liberalen. Die Diskussion über dass weitere Vorgehen wurde nicht von unten angestoßen, sondern von der Parteispitze. Zwar gab es nach der Wahl in Hessen einige Parteigliederungen, die sich für eine Kooperation mit der Linkspartei aussprachen, doch entstand daraus keine gemeinsame Initiative, die versucht hätte gemeinsam Druck auf die Führung auszuüben. Bewegung in dieser Frage gab es erst, als auf Bundesebene ein informeller Kreis um Kurt Beck die Möglichkeit einer Tolerierung Ypsilantis durch die Linkspartei andeutete. Diese Position wurde dann zwar auch vom Parteivorstand übernommen und in Hessen war Ypsilanti bereit, sich mit den Stimmen der Linkspartei zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen. Dieser Entschluss führte sowohl im Bund als auch im Land zu heftigen Reaktionen der Parteirechten, die auch weiterhin – zumindest im Westen – jede Zusammenarbeit mit der Linkspartei ablehnt. Dieser Flügel ist auch in Hessen, vor allem im Norden, stark vertreten. Die Rechten beteuerten zwar, dass sie aus Parteidisziplin den Kurs Ypsilantis mittragen würden, machten aber auch deutlich, dass sie diesen eigentlich ablehnten. Begleitet wurde diese parteiinterne Diskussion durch eine breite Kampagne in den bürgerlichen Medien und durch CDU/FDP, die Andrea Ypsilanti und dem Parteivorsitzenden Kurt Beck Wortbruch vorwarfen.

Für Hessen wurde diese Diskussion vorerst beendet durch die Weigerung der Darmstädter SPD-Abgeordneten Dagmar Metzger, Andrea Ypsilanti mitzuwählen, wenn diese sich auch auf die Stimmen der Linkspartei stützen wolle. Sie begründete dies mit der Glaubwürdigkeit der Partei, die nach der Wahl nicht anders handeln dürfe als es vor der Wahl angekündigt wurde. Ihren Entschluss teilte sie nach der entscheidenden Fraktionssitzung mit, als die

---

## Kurze Notiz aus Siegen:

Zum Abschluss im öffentlichen Dienst: Wir können noch keine abschließende Bewertung vornehmen, da derzeit die **Mitgliederbefragung, die wie eine Urabstimmung behandelt wird**, läuft. Ver.di und Arbeitgeber haben Zeit, sich bis zum 20.04. zu überlegen, ob sie die Tarifeinigung annehmen.

Zur Akzeptanz ist bisher festzustellen, dass diese nicht sehr groß ist. Im Gegenteil – das Ergebnis wird teilweise recht heftig kritisiert. Im Zusammenhang mit der Fragestellung, ob bei einem Streik denn mehr herauszuholen gewesen wäre, relativiert sich die massive Kritik etwas.

Die Meßlatten in der Bewertung sind höchst unterschiedlich. Das Ergebnis wird gemessen an der Forderung und kann sich da nicht sehen lassen. Auch die Tatsache, dass von Beginn der Tarifverhandlungen an deutlich gemacht wurde, dass ein gutes Ergebnis nur mit Streik zu erreichen ist, spielt in der Bewertung eine Rolle, da die Kollegen sich motiviert fühlten und auf einen Arbeitskampf innerlich vorbereitet hatten und jetzt gestoppt wurden. Diese Bewertungsschiene kommt vorwiegend aus dem manuellen Bereich, der auch Träger der Warnstreiks war.

Die Beschäftigten im Verwaltungsbereich sind bei aller Kritik am Ergebnis zurückhaltender, wenn sich auch kleinere Gruppen wie ihre Arbeiterkollegen im Streik sahen und diesen führen wollten. Im Verwaltungsbereich wird die Diskussion eher auf der Ebene des Kosten/Nutzen-Vergleiches geführt. Hier kommen die Kolleginnen und Kollegen eher zu der Ansicht, dass mit einem Streik auch kein besseres Ergebnis erzielt worden wäre.

Eine sicherlich nicht zu unterschätzende Rolle spielt auch die Wirkung die KollegInnen mit Streik erzielen können. Diese wird in aller Regel als recht gering angesehen.

In beiden Bereichen sind drei Kritikpunkte immer wieder genannt: die Arbeitszeitverlängerung, die 2-jährige Laufzeit und das in den Publikationen und offiziellen Verlautbarungen von Ver.di schöneredete Ergebnis von knapp 8 Prozent. Hier wird mehr Ehrlichkeit erwartet, da sich die Offiziellen nicht den Arbeitgebern, die diese Irreführung betreiben, angleichen sollten. 8.04.08 ■

---

Absicht einer Wahl auch durch die Abgeordneten der LINKEN von Andrea Ypsilanti bereits auf einer Pressekonferenz mitgeteilt wurde. Dagmar Metzger selbst war zu diesem Zeitpunkt im Urlaub, obwohl ihr die Bedeutung der Fraktionssitzung bewusst war. Sie steht dem rechten Parteiflügel um den »Seeheimer Kreis« nahe, den ihr Schwiegervater mitbegründete. Ihr dürfte es dabei weniger um ihr moralisches Gewissen gehen, sondern mehr um politisches Kalkül: Andrea Ypsilanti und mit ihr alle BefürworterInnen einer Kooperation mit der Linkspartei zu schwächen. Und dafür hat sie durchaus auch Unterstützung in der Partei. Ihr Ortsverein vertritt ganz offensichtlich die Position seiner Abgeordneten und auch andere Parteigliederungen haben ihre Haltung befürwortet. Der Seeheimer Kreis forderte sie auf, ihr Mandat nicht zurückzugeben und weiterhin für ihre Ziele zu kämpfen.

Roland Koch wird jetzt trotz der starken Verluste für seine Partei weiter im Amt bleiben. SPD und Grüne haben angekündigt, die neue Mehrheit im Parlament z.B. zur Aufhebung von Studiengebühren zu nutzen, was dann von der Regierung Koch umgesetzt werden müsste. Ob es dazu kommt und wie lange eine solche Politik durchgehalten werden kann, ist zur Zeit nicht absehbar. 17.03.08 ■

# Landtagswahlen in Niedersachsen

Die Landtagswahlen liefen ohne Aufregung ab. Die SPD konnte sich mit der »sozialen Gerechtigkeit« nicht glaubwürdig als Alternative zu Ministerpräsident Wulf darstellen, der im Gegensatz zum Hessen-Koch eine Polarisierung zu vermeiden versuchte.

Verdross über die Politik der etablierten Parteien drückt sich im Wahlergebnis aus: Bei einer um 10 Prozent auf 57 Prozent abgesunkenen Wahlbeteiligung verloren bis auf die Linke alle Parteien an Stimmen. Hatte sie als PDS vor 5 Jahren noch 21 260 Stimmen, so erreichte sie sich jetzt 243 100 Stimmen, damit 7,1 Prozent. Die Linke hatte bei Arbeitern und Arbeitslosen (25Prozent) einen überdurchschnittlichen Zuspruch, entscheidend war jedoch, dass sie auch dort, wo sie keine Wahlwerbung betreiben konnte, meistens über 5 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Eine Grundstimmung unter den Verlierern der neoliberalen Politik wird damit deutlich.

Seit die SPD mit Schröder die Entwicklung der globalen Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise begleitete, nahmen die Lohnabhängigen viele soziale Verschlechterungen hin. Alles in der Hoffnung, das sei nur vorübergehend und schließlich werde alles besser. Fit sein für den weltweiten Konkurrenzkampf, verzichten für die Konkurrenzfähigkeit des Produktionsstandortes Deutschland, hieß die Devise der Sozialdemokraten unter Schröder. Die Opfer dieser Entwicklung sehen sich nun getäuscht: ihre eigenen sozialen Probleme stehen im Gegensatz zur Bereicherung der Reichen. Drückte sich Angst vor sozialem Abstieg vor Jahren vorwiegend in Stimmen für rechte Parteien aus, so wird jetzt die mit der Wahl der Linkspartei protestiert. Die Linke bringt die Probleme der sozial Schwachen zur Sprache und stellt sich als einzige Partei gegen die Grundaussage neoliberaler Politik: Wer in der globalisierten Welt Erfolg haben will, muss für ein geringeres Entgelt länger und intensiver arbeiten.

Auch die Querelen in der Links-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft waren in Niedersachsen nicht abschreckend. Protest kann sich jetzt links ausdrücken. Mehr steckt nicht hinter dem Stimmergebnis für die Linkspartei. ■

## »Kommunisten im Landtag«

Stolz verkündete die DKP, dass mit der Krankenschwester Christel Wegner erstmals seit dem KPD-Verbot 1956 wieder eine Kommunistin in einem westdeutschen Landesparlament einen Sitz errungen hat. Christel Wegner kandidierte als Mitglied der DKP auf der Liste der Linkspartei für den niedersächsischen Landtag und schaffte so den Sprung ins Parlament. Sie selbst sagte hierzu: *»Ich halte es für sinnvoll und politisch notwendig im öffentlichen Bewusstsein wieder die Tatsache klarzustellen, dass auch die Kommunisten ein Teil der Linken in diesem Land sind.«*

Wenige Tage später wurde Christel Wegner aus der Fraktion der Linkspartei ausgeschlossen. Aussagen der Abgeordneten in einem Interview des Fernsehmagazins »Panorama« führten zu einer antikommunistischen Hetze, deren Ziel die LINKE war, deren Aufstieg vor den Wahlen in Hamburg gebremst werden sollte. Aber auch in der Linkspartei selbst kam es zu Reaktionen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit allen zu beenden, die sich nicht mit Reformen im Rahmen der bestehenden Gesellschaft zufrieden geben.

Unabhängig davon, ob die Aussagen Wegners zur Stasi richtig oder verfälscht wiedergegeben wurden, wirft dieser Vorgang grundsätzlich die Frage nach dem Verhältnis von KommunistInnen zur Partei der LINKEN auf.

Die Mitglieder der DKP, welche auf den Listen der Linkspartei für Parlamente kandidieren, verdanken dies nicht der Verankerung ihrer Partei in sozialen Bewegungen, sondern dem persönlichen Vertrauen, das sie bei Mitgliedern der Linkspartei genießen. Teilweise kann die LINKE damit auch Wahlkampfunterstützung durch DKP-Mitglieder erhalten. Sie kann damit auch sicherstellen, dass zu den Wahlen keine linke Konkurrenz antritt und ihr eventuell entscheidende zehntel Prozente wegnimmt. Zum Zeitpunkt der Listenaufstellung war es nämlich keineswegs sicher, ob die Linkspartei in den niedersächsischen Landtag einziehen wird. Die Aufstellung von Christel Wegner auf dem neunten Platz der Landesliste konnte ursprünglich als wenig aussichtsreich gelten, war als ein eher wertloses Zugeständnis an die DKP gedacht und hat nichts mit ihrem politischen Einfluss im Umfeld der Linkspartei zu tun.

Zwar gibt es unter den Lohnabhängigen weit verbreitetes Unbehagen angesichts der immer weitergehenden Umverteilung von unten nach oben, dies führte aber noch nicht zu einem Bruch mit dem sozialpartnerschaftlichen Konsens, der für die bundesrepublikanische Gesellschaft prägend war. Auch die Herausbildung und das Wachsen der LINKEN ist hierzu kein Widerspruch. Sie wird von vielen Wähler/innen vielmehr als Instrument gesehen, die gesellschaftliche Entwicklung wieder in die Bahnen der Sozialpartnerschaft zu lenken, die vom Kapital einseitig aufgekündigt wurde. Soziale Bewegungen, die in außerparlamentarischen Kämpfen die Partnerschaft mit dem Kapital in Frage stellen, gibt es allenfalls in unterentwickelter Form. KommunistInnen können sich daher zur Zeit nicht auf soziale Bewegungen stützen, sondern sind auf das Wohlwollen und auf taktische Überlegungen linkssozialdemokratischer Reformkräfte in der Linkspartei angewiesen, wenn sie parlamentarische Funktionen wahrnehmen wollen.

Dieses Wohlwollen wird aber notwendig schwinden, wenn die KommunistInnen durch ihre Äußerungen die LINKE in den Verdacht des »Kommunismus« bringen und dieser Eindruck durch bürgerliche Medien geschürt wird. Dann setzen auch bei der LINKEN antikommunistische Reflexe ein und andere fürchten um mögliche Wählerstimmen, da ja die WählerInnen keineswegs radikal sind, sondern zum Großteil Enttäuschte aus dem Lager der SPD und der GRÜNEN. Um diese nicht zu verprellen, ist eine Distanzierung von grundlegender Kapitalismuskritik notwendig. Missverständliche Äußerungen zur DDR sind dabei nur ein Vorwand. Christel Wegner selbst soll einmal eingestanden haben, sie komme zu ihrem Mandat *»wie die Jungfrau zum Kind«* (UZ 2.1.2008). Die DKP konnte diese Funktion nicht aus eigener Kraft erlangen. Als Christel Wegner angegriffen wurde, war die DKP daher auch nicht in der Lage, ihre Position zu verteidigen.

Die Linkspartei hat eine positive Funktion, soweit sie die vom Sozialabbau der letzten Jahre Enttäuschten sammelt und Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage einbringt. Insofern ist es richtig, zur Wahl der LINKEN aufzurufen und bestimmte ihrer Forderungen außerparlamentarisch zu unterstützen. Aber ohne soziale Kämpfe, in denen die Sozialpartnerschaft de facto aufgekündigt wird, können KommunistInnen im Umfeld der Linkspartei nur als Trittbrettfahrer in Funktionen kommen. Darauf sollte verzichtet werden. ■

# Die arbeitende Bevölkerung läßt sich von der Standortpolitik der CDU und der guten Konjunktur beeindrucken

**Auf den ersten Blick scheint das Ergebnis der Hamburger Wahl nur Verlierer zu kennen: Die CDU verlor die absolute Mehrheit, die FDP scheiterte erneut an der Fünfprozenthürde. Die SPD legte zwar zu, erzielte in ihrer einstigen Hochburg aber nur das zweitschlechteste Ergebnis nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Grünen verloren ein Viertel ihrer Stimmen, vermutlich geschuldet ihrem Blinken mit einer schwarz-grünen Koalition, und die Hoffnungen der Linkspartei auf ein zweistelliges Ergebnis, wie von einigen Umfragen vorausgesagt, erfüllten sich nicht.**

Die Wahlkampfaußagen der Parteien bildeten einen bunten Strauß, kein wirkliches zündendes Wahlkampfthema wollte sich einstellen, so blieben nur die Personen. Hier lag ganz eindeutig Ole von Beust von der CDU vorn. Sein Ansehen bei den Wählern verschaffte der CDU den Erfolg von 42,6 Prozent der Wählerstimmen, ihr zweitbestes Resultat überhaupt. Ein von der CDU im ganzen Land beachteter Erfolg in einem großstädtischen, von überdurchschnittlich vielen Wechselwählern geprägten Milieu, noch 2001 hatte die Partei nur 26,2 Prozent erhalten.

Forscht man weiter und vertraut der Meinungsforschung, so erfährt man, »72 Prozent der Hamburger halten die wirtschaftliche Lage im Stadtstaat für besser als in den anderen westlichen Bundesländern«, sie führen das auf die allgemeine Konjunktur und die Standortpolitik der CDU zurück.

Tatsächlich ist Hamburg vor allem wegen seiner Rolle als Logistik-Knotenpunkt (Luft und Wasser) Gewinner des globalen Austausches der Warenproduktion. Industrieproduktion in Hamburg selbst hat sich, teilweise nach krisenhaften Einbrüchen und dabei durchgesetzten Personalentlassungen, wieder gefangen und steht vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion glänzend da. Hamburg betrieb eine »offensive Industriepolitik«, um nicht zuletzt Arbeitsplätze am Standort Hamburg zu erhalten. So stieg die die Stadt finanziell vorübergehend bei Beiersdorf ein, erwarb Anteile am Flugzeugbauer EADS (Standort Airbus in Hamburg) und der Kupferhütte Norddeutsche Affinerie. Der Tourismus in Hamburg boomt und die Rückkehr der Kreuzfahrtschiffe nach Hamburg lockt tausende Besucher an.

Natürlich ertete die Industrie-, Hafen- und Verkehrspolitik und die Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums auch Widerspruch der betroffenen Belegschaften und Anwohner. Eklatantes Beispiel: Die Privatisierung der Krankenhäuser. Das Ergebnis ist inzwischen für jeden Menschen, der in ein Krankenhaus eingeliefert wird, handfest erfahrbar: Immer weniger und deshalb überfordertes Personal, immer deutlicher wird auch schon an der Grundversorgung gespart.

Die Hamburger Besonderheit bei dieser Art von Privatisierung: Um den drohenden Sozialabbau, der von Anfang an klar voraussehen war, zu kaschieren, wurde allen Krankenhausmitarbeitern beim Übergang zum privaten Unternehmen Asklepios angeboten, dass sie auch zur Stadt Hamburg »zurückkommen« könnten. Der Stand im März 2008: Der Senat versucht, die Situation schön zu reden. Die Rückkehr von Asklepios-Beschäftigten in den Hamburger Staatsdienst gestaltete sich »überraschend positiv«, so der Personalamts-Chef. Der »Personalberg« von knapp 2000 Rückkehrwilligen sei schon auf 1100 zusammengeschmolzen. 285 Rückkehrer hätten bereits neue Jobs. Nach Ansicht der Stadt hätten rund 360 Mitarbeiter keinen Anspruch auf Rückkehr, weil sie bei einer eigen-

ständigen Tochter-Gesellschaft des früheren Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) beschäftigt waren. Der Großteil der Rückkehrer, darunter mehrere Hundert Krankenschwestern und -pfleger kommt allerdings erst im Juni/Juli. Die Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Hamburger Asklepios-Kliniken Katharina Ries-Heidtko kritisierte, dass die meisten Mitarbeiter immer noch nicht wüssten, was tatsächlich mit ihnen passieren wird.

Die glänzende Fassade der Hansestadt hat ihre Kehrseiten, immer mehr städtische Quartiere entwickeln sich zu sozialen Brennpunkten. So zeigte sich der vor einem Jahr von der zerrütteten SPD-Landesorganisation in der ZEIT-Redaktion gefundene Bürgermeisterkandidat Michael Naumann während seiner Werbetouren durch Hamburg erstaunt darüber, dass er »Suppenküchen wie zur Zeit der Weimarer Republik« entdeckte. Und das einer Stadt, in der »Milliardäre und Millionäre wohnen und so gut wie keine Steuern bezahlen« – so die ständige Worthülse des verdis Landesbezirksleiters Wolfgang Rose (SPD).

## Die CDU

Die Hamburger CDU verlor die absolute Mehrheit, braucht zum Regieren also einen Partner. Der Wunschpartner FDP ist mit 4,7 Prozent gar nicht in die Bürgerschaft gekommen, deshalb wurde die GAL zum Partner auserkoren, wodurch sich eine Koalition mit der SPD vermeiden ließe. Die ersten Gespräche ließen die GAL-Basis staunen: Sie hat den Eindruck, die CDU komme ihr überraschend weit entgegen. Momentan wird über die Punkte verhandelt, die während des Wahlkampfes als unüberbrückbar galten: Die von der CDU unterstützte Elbvertiefung und das vom Stromkonzern Vattenfall geplante Kohlekraftwerk, für das der Bürgermeister wenige Monate zuvor schon den Vertrag unterschrieben hatte. Nach den ersten Gesprächen fiel nicht nur in den anderen Parteien auf, dass die Presse eher informiert war als die CDU-Mitgliedschaft.

Tonangebend in Hamburg sind die Vorstellungen der Handelskammer. Sie beziehen sich vor allem auf den Hauptwirtschaftszweig, den Hafen. Die gewachsenen Handelsströme aus einem erweiterten Markt haben Vorfahrt. Die Handelskammer fordert u.a. von Senat und Bürgerschaft eine deutliche Erhöhung der Investitionsquote im Hamburger Haushalt, den Ausbau der Containerterminals, die schnellstmögliche Vertiefung der Fahrrinne der Unterelbe sowie die entsprechende Erweiterung der Straßen- und Schienenwege.

Der CDU-Senat vertritt politisch den Expansionsbedarf der Handelskammer unter dem Stichwort »Hamburg – wachsende Stadt«. Wachstum ist die bürgerliche Antwort auf die Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Die Handelskammer wird darauf achten, dass ein möglicher Kompromiss zur Regierungsbildung zwischen CDU und Grünen ihren Interessen nicht zu teuer kommt. Die bürgerliche Klasse interessiert nur der Inhalt, nicht die Form des parlamentarischen Händels. Mit der Diskussion um das Mehrheitswahlrecht drohen sie den Kleinparteien FDP und Grüne, sich ihren Interessen zu unterwerfen, den Preis ja nicht zu hoch zu treiben, sonst könnten sie auch anders .

## Die SPD

Der großbürgerliche Kandidat der SPD Michael Naumann führte einen engagierten Wahlkampf um die »Moderni-



sierungsverlierer« mit der Absicht, sie der Linkspartei abspenstig zu machen. Sein Fehler, er verteidigte die Agenda-Politik der Regierung Schröder. »Aber was sonst hätte die Regierung machen können?« Der SPD-Kandidat Naumann spiegelte den Zustand seiner Partei ganz gut wieder: Abgehoben, gelähmt, unfähig zu einer sozialorientierten Oppositionspolitik hechelte sie der CDU hinterher.

Die SPD hat im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 2004 lediglich 14.000 Stimmen gewonnen. Verglichen mit den Bundestagswahlen 2005 hat sie allerdings rund 100.000 Wähler verloren. Vor allem in den Stadtteilen mit einem starken Anteil sozial schwacher, gehen die SPD-Stimmen immer mehr zurück. Die soziale Schichtung der Wählerschaft gleicht sich zwischen SPD und CDU immer mehr an: Beide haben rund 39 Prozent Arbeiterwähler hinter sich, die CDU hat bei den Angestellten einen größeren Rückhalt (43 Prozent), dort hat die SPD nur 33 Prozent.

## Die Linke

Die Linkspartei zog mit 6,4 Prozent in das Landesparlament ein. Sie wird künftig mit acht Abgeordneten im Rathaus sitzen. Das sind weniger, als sie selbst prognostizierte, doch aus der Sicht der anderen Parteien sind auch das zuviel. Die etablierten Parteien versuchen deshalb, die Linkspartei vor der Bevölkerung politisch und moralisch abzuwerten. Sie werfen der Linkspartei vor, sie propagiere eine populistische Politik, sie sei überwiegend von Protestwählern, die zum Bereich der »vagabundierenden Wechselwähler« gehören, gewählt worden. Dabei sind es doch die Volksparteien, die dieses Protest- und Widerstandspotential durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik erzeugt haben. rund 18.000 Stimmen, dazu rund 9.000 Stimmen von bisherigen Nichtwählern. 17.000 weitere Stimmen kamen aus dem Lager der Anderen, überwiegend Schill-Partei.

Mit der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, »mit dieser sozialen Spaltung müssen wir uns in Hamburg nicht abfinden«, erklärten Lafontaine und Gysi für die Linkspartei in ihrem Wahlauftritt. Die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion, die notwendig diese soziale Spaltung hervorbringen und erklären, griffen die beiden Hauptredner der Linkspartei in ihrer Propaganda nicht auf. Sie propagieren stattdessen die »soziale Gerechtigkeit«. Die Linkspartei wirbt also dafür, dass im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung und des bestehenden parlamentarischen Handels die offensichtliche Kluft zwischen den Klassen gemildert werden möge. Wer soll das machen?

Wenn die Propaganda von Lafontaine, Gysi und ihrer Partei dazu dienen soll, außerhalb des Parlamentes von Sozialabbau Betroffene in ihrem Widerstand zu unterstützen, können Stellungnahmen im Parlament nützlich sein. Allerdings würde

## ■ DAIMLER-BENZ METTINGEN

# Zu viel Eigenständigkeit?

**Das Daimlerwerk Mettingen gehört zum Werk Stuttgart-Untertürkheim, liegt selbst im Einzugsbereich von Esslingen und entsandte bislang immer 32 Delegierte in die örtliche Delegiertenversammlung.**

Während die Wahl zur Delegiertenversammlung noch lief, hatte Ende März die Betriebsratsmehrheit die Wahl abgebrochen. Die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder hatte bereits abgestimmt. Die „fraktionierende Wahlempfehlung für die Kandidaten der „alternative“ und massive Wahlbeeinflussung“ seien der Grund, hieß es im Scheibenwischer, der Betriebszeitung der IG-Metall-Mehrheitsfraktion. Die

sich das Bürgertum, sollte es bei der Linkspartei konsequent zu dieser Praxis kommen, das nicht sehr lange gefallen lassen. Die Linkspartei nervt die anderen Parteien aber auch formal. Nicht nur in Hessen, auch in Hamburg wird angestrengt nach neuen Koalitionen gesucht, um jeden praktischen Kontakt mit der Linkspartei vermeiden zu können.

Bekämpfen wollen sie sie alle. Es ist noch nicht klar, mit welchen Mittel am besten. Die Erfahrung in Berlin, wo die SPD seit 2 Jahren das schon macht, was in Hessen und Hamburg momentan als »Verrat« angesehen wird, nimmt eine parteiübergreifende Strömung zum Anlass, die Linkspartei durch »Einbindung in die Verantwortung« integrieren zu wollen. Das habe sich doch bewährt. Dressler von der SPD und Trittin und Fischer von den Grünen plädieren dafür. Auch die Linke hat Erfahrungen gemacht: Der Teil in und neben der Linkspartei, der sich in Berlin auf diese Einbindung nicht einlassen wollte, der sich deshalb noch vor der Berliner Wahl von der Linkspartei trennte und einen eigenen Laden (BASG) gründete, ist marginalisiert, weil er für seine politischen Auffassungen keinen Rückhalt in der Bevölkerung fand

## Erste Demonstration gegen schwarz-grüne Politik

In seltener Einigkeit haben am 10.4.08 Firmenchefs, Beschäftigte, Betriebsräte **und die Gewerkschaften IG BCE, IG Metall und ver.di** gemeinsam für den Bau des Kohlekraftwerks Moorburg demonstriert. Der Industrieverband Hamburg (IVH) hatte seine Mitgliedsfirmen dazu aufgefordert, an der Veranstaltung teilzunehmen. Rund 1500 Teilnehmer folgten laut Presse dem Aufruf zur Kundgebung. In der Stadt kursieren Befürchtungen, die GAL könnte sich mit der Ablehnung des Kohlekraftwerkes in den noch laufenden Koalitionsverhandlungen durchsetzen.

Der IVH-Vorsitzende Horch, der im Mai auch den Posten des Präses der Handelskammer übernehmen soll, warnte, ohne Moorburg als grundlastfähiges Kraftwerk werde ein schlechter Prozess des Arbeitsplatzabbaus in Hamburg in Gang gesetzt. Das Kraftwerk und die Elbvertiefung seien zwar nicht alles, doch sie bildeten die Basis für eine nachhaltige Perspektive für den Standort. Die Industriepolitik der Hansestadt habe in den letzten 35 Jahren eine Bedeutung erreicht, die jetzt nicht wieder verspielt werden dürfe, mahnte Horch. Mit großem Aufwand von IVH, Handelskammer und Wirtschaftsbehörde sei im vergangenen Jahr der »Masterplan Industrie« verabschiedet worden. Dieses industrielle Bekenntnis sei einzigartig in Deutschland.

Die Hamburger Gewerkschaftsführungen haben die Gelegenheit beim Schopfe gepackt und gezeigt, dass ihre Interessen eigentlich doch mit den Unternehmer-Interessen harmonieren. Leider erlauben die heutigen Verhältnisse nur selten solche offenen Bekenntnisse. 12.4.08 ■

Aktivisten der alternative sind allesamt Mitglieder der IG Metall. Ihre Wahlempfehlung war nur eine Antwort auf die neue Praxis der Vertrauenskörperleitung:

Die VKL hatte entgegen langjähriger Praxis die Kandidaten nicht in alphabetischer Reihenfolge aufgestellt, sondern eine Reihenfolge nach eigenem Gutdünken als Wahlempfehlung herausgegeben. Der Wahlabbruch steht in Zusammenhang mit dem Beschluss der IG Metall-Ortsvorstände in Esslingen und Stuttgart, den Daimlerstandort Mettingen in die größere Verwaltungsstelle Stuttgart einzugliedern.

Die Wahl der Mettinger Delegierten soll im Herbst wiederholt werden. Sie werden also bei der konstituierenden Sitzung Anfang April nicht dabei sein und können somit

nicht für Gremien kandidieren. Den Hintergrund für diese Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechts für 4500 Gewerkschafter bei den laufenden Organisationswahlen finden wir, wenn wir ein paar Jahre zurückblicken:

Im Jahre 2004 waren 2000 Mettinger Kollegen des DC-Werkes mit ihrem Marsch über die sechsspurige B 10 die einzigen, die nach einem Aufruf des Gesamtbetriebsrates zu sichtbaren Aktionen im Kampf gegen das Millionen-Sparpaket des Daimlervorstandes Eigeninitiative zeigten.

Als die Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufnahm wegen des Verdachts u.a. auf Nötigung und Eingriffs in den Straßenverkehr, wollte die IG Metall-Bezirksleitung zunächst den Rechtsschutz verweigern: angeblich hätte der Protestmarsch auf der B 10 u.a. gegen Beschlüsse der innerbetrieblichen IGM-Organen verstoßen. Erst nach Protesten aus mehreren Betrieben wurde der Rechtsschutz für den Betriebsrat Tom Adler gewährt.

Mit den massiven Protesten gegen die Vereinbarung mit dem Daimler-Vorstand konnte die Betriebsratsspitze schon auf einer Betriebsversammlung nicht umgehen. Die in einem Flugblatt dargelegte Kritik an der Vereinbarung mit dem Daimler-Vorstand stellten die Esslinger Ortsbevollmächtigten als Schwächung der IG Metall dar. Worte wie »Dolchstoßlegende« und »Riskierung der Gewerkschaftsspaltung« waren gar aus der Stuttgarter IGM zu hören.

Die Mettinger konterten: Schließlich sei »die Gewerkschaftsbewegung stark geworden gerade mit offener und kontroverser Diskussion und mit kämpferischen Aktionen, wie wir Mettinger sie gemacht haben.«

Die Vertrauensleute von Alcatel SEL AG Stuttgart schrieben dazu an die Esslinger IGM: »Vor nicht gar allzu langer Zeit wären die meisten Verwaltungsstellen der IG



*Metall stolz darauf gewesen, solche Belegschaften und betrieblichen Funktionäre in ihren Reihen zu haben, die willens und in der Lage sind, einen solch beeindruckenden Beweis gewerkschaftlicher und betrieblicher Kampfkraft und Gegenmachtspotenzials zu geben.«*

In Mettingen ist ein betriebliches Potenzial herangewachsen, das bei der Betriebsratswahl 2006 45 Prozent der Stimmen erreichte, und das somit von der Verwaltungsstelle Esslingen nicht mehr so einfach gegängelt werden kann. Nun soll Stuttgart die Mettinger bändigen, in der Hoffnung dass sie dort eine kleine Minderheit sind?

Was die IG Metall ist, bestimmt also der Vorstand. Zu viel Eigenständigkeit bei der Entwicklung gewerkschaftlicher und betrieblicher Kampfkraft »beim Daimler« sind dem Vorstand also unerwünscht. Ein »zu viel« davon stört die aktuelle partnerschaftliche Politik des Gewerkschaftsvorstandes. Sie hat ihre Vorläufer in der Politik der Zentralarbeitsgemeinschaft, vereinbart im November 1918 zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften. In der Krise haben die Beschäftigten damit immer verloren. ■

## ■ DER WEITERE NIEDERGANG DER GEWERKSCHAFTEN IST VORPROGRAMMIERT

### »Nur nicht den Bogen überspannen« (Teil 2)

**Am 20. und 21. Oktober 2007 fand eine Jahreskonferenz der Gruppe »Arbeiterstimme« statt. An ihr nahmen auch Delegierte der Gruppe Arbeiterpolitik teil. Wir dokumentieren hier den zweiten Teil des Gewerkschaftsreferates dieser Konferenz. Der erste Teil erschien in der vorhergehenden Arbeiterpolitik.**

Der Grund des Zauderns und der Zurückhaltung ist vermutlich in der zunehmenden Schwäche der IGM, wie auch aller anderen Gewerkschaften zu suchen. Die seit Jahren rückläufige Tarifbindung hat inzwischen deutliche Spuren hinterlassen. 1995 wurden nach einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung noch 66,5 Prozent der Beschäftigten von Tarifverträgen erfasst. 2004 waren es nur noch 52,1 Prozent, bei weiterer abnehmender Tendenz. Bei Arbeitern sank die Bindung besonders stark. Von 87,4 auf 71,7 Prozent. Während der Tarifrunde drohte der Verbandschef von Gesamtmetall, Kannegießer, offen mit der Verbandsflucht seiner Mitgliedsbetriebe. Er wollte die Möglichkeit zur Lohnsenkung durch tarifliche Öffnungsklauseln. Komme es dazu nicht und die IG Metall streike, so Kannegießer, so hätte das erodierende Folgen, sowie für die Tarifmacht der IG Metall, als auch für seinen Verband. Ihm würden dann die Mitglieder davon laufen (und der IGM der Verhandlungspartner). Das war glatte Erpressung. Bei Gesamtmetall weiß man natürlich, dass abnehmende Tarifbindung direkten Einfluss auf die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaft hat. Und zu Recht fürchtet man in den Gewerk-

schaftsvorständen nichts mehr als das. In ihrer sozialpartnerschaftlichen Beschränktheit, sind die Gewerkschaften deshalb für solche Erpressungen offen. Besonders im Osten haben hier alle Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren einschneidende Erfahrungen gemacht. So sind beispielsweise in Sachsen heute nur noch wenige Betriebe tarifgebunden. Dabei handelt es sich nicht nur um kleinere Betriebe (dort gibt es fast ausnahmslos keine Tarifbindung mehr), sondern auch um Großbetriebe. So hat die Dresdner Halbleiterindustrie, AMD und Infineon, mit rund 7000 Beschäftigten keine Tarifbindung.

Am Anfang dieser Entwicklung, die auf 1993 datiert werden kann, kündigte die IG Metall noch vollmundig den Häuserkampf an. Aber nirgendwo konnte der erfolgreich geführt werden. Dort, wo es trotzdem zu einem Anerkennungs-, oder Haustarifvertrag kam, lag das nicht an der Kampfkraft der Belegschaft, sondern vielmehr an dem „guten Willen“ des Unternehmers, der aus welchen Gründen auch immer, eine Tarifbindung wollte.

In dieser Konstellation ist letzten Endes auch die Streikniederlage der IG Metall, beim Kampf um die 35-Stunden-Woche im Jahr 2003 zu suchen. Es gab nicht genügend Betriebe, die hätten in die Auseinandersetzung geführt werden können.

Die generell abnehmende Tarifbindung ist keine zufällige Erscheinung, sondern das Ergebnis des taktischen Vorgehens der Unternehmerverbände zur Schwächung der

Gewerkschaften. So gibt es heute im Metallbereich fast überall, neben den Tarifverbänden, so genannte OT-Verbände (ohne Tarifvertrag), die nicht selten in Personalunion geführt werden. Damit Unternehmen noch während einer Tarifbewegung sich der Wirkung eines Tarifvertrags entziehen können, haben die Tarifverbände durch Satzungsänderungen ihren Mitgliedern ermöglicht, von Heute auf Morgen den Verband zu wechseln.

»Nur nicht den Bogen überspannen«, scheint deshalb die Devise der IGM-Führung, aber nicht nur der, zu sein. Die Erfolge der Gewerkschaften nach 1945 sind weniger in Klassenauseinandersetzung, als vielmehr in der Klassenkooperation zustande gekommen. Die Gewerkschaften verstehen sich deshalb heute noch immer als »Gestalter«. Gestalter der Arbeitswelt sowie der Wirtschaft. Dieses deutsche Modell hat auch lange funktioniert. Seit der neoliberalen Umgestaltung der BRD, halten sich die Kapitalisten aber immer weniger an die alten Spielregeln.

In den Gewerkschaftsvorständen will man aber krampfhaft an diesen festhalten, weil man sich durchaus über die Konsequenzen, die sich aus der Realität ergeben bewusst ist.

Damit aber kommen sie in eine schwierige Lage, denn der Spagat zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie gelingt nicht. Der Versuch geht immer mehr zu Lasten einer Partei. Und die Bourgeoisie ist das nicht!

Die Politik der Rücksichtnahme wird scheitern. Die Hoffnung, von dem Gegner akzeptiert und geschont zu werden ist illusionär. Die Gewerkschaften verlieren mit dieser Politik an Respekt und werden für die Kapitalisten kalkulierbar. Sie sägen sich letzten Endes den Ast ab, auf dem sie sitzen. Die Folgen zeigen sich schon heute: Das Ansehen in den Betrieben sinkt und durch die ungenügende Interessenwahrnehmung baut sich nachhaltig ein Frust auf, der langfristig zur Handlungsunfähigkeit der IG Metall, in ihrem wichtigsten Bereich der ME-Industrie, führen kann, wie das in anderen Segmenten bereits heute schon der Fall ist.

Spätestens im kommenden Jahr, wenn es nur eine Entgelterhöhung von 1,7 Prozent gibt, die Profite der Konzerne aber überborden, werden viele Belegschaften erkennen, dass der Trend der vergangenen Jahre auch in Zeiten der angeblichen Trendwende fortgesetzt wird. Nämlich weiterer Reallohnabbau!

In der ME-Industrie erhält dieser Trend für viele Beschäftigten einen zusätzlichen Schub. Zurzeit wird in den Betrieben nämlich der in den vergangenen Jahren abgeschlossene Entgeltrahmen-Tarifvertrag (ERA) eingeführt und besonders in den gut organisierten Großbetrieben gibt es unter den Belegschaften viel Ärger, Wut und Frust. Schuld daran ist ERA. Der ERA geht auf das Jahr 2002 zurück. Die IG Metall schloss damals in der ME-Industrie diesen Vertrag ab und erreichte, dass dadurch Arbeiter und Angestellte gleichgestellt sind, d.h. die Eingruppierungen erfolgen für alle nach den gleichen Kriterien.

Der Vertrag wurde über den grünen Klee gelobt. So meinte Huber: Vor allem sei endlich die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten gelungen. Damit sei »die Korrektur einer seit der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung prägenden Unterscheidung der Klassen und Schichten der Gesellschaft« erreicht. Der ERA-Tarifvertrag sei folglich »nicht nur ein tarifpolitisches, sondern ein gesellschaftspolitisches Reformwerk«. Dass ERA Geld kostet war der IG Metall klar. Die Unternehmer waren nur bereit über einen solchen Vertrag zu verhandeln, wenn er für sie kostenneutral sei. Das hatte die IG Metall akzeptiert. Damit Spielraum für neue Auf- und Abgruppierungen entstand, musste man von der Gesamtlohnsomme für die Unternehmer etwas abziehen und in einem ERA-Topf belassen. Das wurde durch

eine Entgeltabsenkung erreicht, d.h. 2,79 Prozent wurden nach mehreren Tarifrunden nicht tabellenwirksam. Seit dem 1. Januar 2007 ist die Entgeltlinie 2,79 Prozent niedriger, als sie es wäre, gäbe es keinen ERA.

Die IG Metall hat von ERA erwartet, dass es insgesamt zu einer deutlichen Anhebung der Entgelte kommt. Und man kann es jetzt gar nicht fassen, was die Unternehmer daraus machen. In einem Schreiben an seine Mitglieder bezeichnet der Unternehmerverband Südwestmetall den ERA als »einmalige, geradezu historische Chance«, denn in der Regel würden die Unternehmen heute viel zu hohe Tariflöhne zahlen. So »beruhen mehr als zehn Prozent der Tarifentgelte auf Fehlanwendungen der Tarifverträge«. Mit dem ERA könnten also die zu hohen Löhne gesenkt werden und die »verloren gegangene Personalkostenflexibilität« zurückgewonnen werden. Und das wird jetzt massiv getan.

So wird berichtet, dass beispielsweise in Betrieben wie Siemens, Daimler und Alstom, Arbeiter und Angestellte in Einzelfällen zwischen 300 und 1500 Euro im Monat verlieren. Vor allem die Angestellten in den Verwaltungen trifft es hart.

In Arbeiterkreisen wird das manchmal durchaus mit Sympathie gesehen. Waren es doch die Angestellten in der Vergangenheit, die sich in Tarifbewegungen vornehm zurückhielten und die Arbeiter für sich kämpfen ließen. Doch diese Sympathie hält sich in Grenzen, denn es trifft auch sehr viele Arbeiter. Hauptsächlich in den großen Konzernbetrieben wird zurzeit massiv abgruppiert. Also ausgerechnet in den Betrieben, wo die IG Metall mitgliederstark und damit auch kampfstark ist.

Dort wurde in der Vergangenheit besser eingruppiert als in vielen mittleren und kleinen Betrieben. Aufgrund der gewerkschaftlichen Kampfkraft und Stärke mussten die Unternehmer in Eingruppierungsfragen häufig »Zugeständnisse« machen, beziehungsweise waren sie das Ergebnis sozialpartnerschaftlicher Mausechelen. Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich aber inzwischen verschoben. Die Kapitalisten müssen heute keine Zugeständnisse mehr machen. So wird der ERA-Tarifvertrag zum idealen Hebel mit diesen Zugeständnissen aufzuräumen. Ein Tarifvertrag ist bindend und in der Lohnfindungsregelung nur schwer revidierbar. Schon gar nicht auf die Schnelle!

Die Belegschaften in der Branche sind allerdings nicht gleichermaßen betroffen. Dort nämlich, wo in der Vergangenheit aufgrund gewerkschaftlicher Schwäche und inkonsequenter BR-Arbeit schlecht eingruppiert worden war, verändert sich durch die Neueingruppierungen weniger zum Negativen. Im Gegenteil! In manchen Bereichen kommt es, vor allem bei den Arbeitern, zu deutlichen Entgelterhöhungen.

Aber stärker werden solche Belegschaften durch das gewerkschaftliche »Geschenk« auch nicht. Eintritte aufgrund des gestiegenen Einkommens sind selten. In den kampfstarken Betrieben aber verliert die Gewerkschaft weiter an Ansehen, die Mitgliederbindung nimmt ab und die schon vorhandene Schwäche nimmt zu. Eine verhängnisvolle Entwicklung, die leider alle Gewerkschaften betrifft. Die Zahl der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften ist seit 1990 um fast 45 Prozent geschrumpft. Manche Einzelgewerkschaften sind inzwischen so schwach, dass ihre Handlungsfähigkeit nur noch bedingt vorhanden ist. Nicht weniger verhängnisvoll ist die Reaktion der Gewerkschaften auf diese Entwicklung. In der UZ schreibt im September Hans-Jürgen Urban von der Grundsatzabteilung der IG Metall: »Zunehmende Mitgliederbindung und Ansätze einer wieder erfolgreichen Interessenpolitik scheinen eher mit offensiven, konfliktbereiten und auf Mitgliedermobilisierung setzende Strategien einherzugehen«.



Welche Erkenntnis! Aber sie ist richtig und die Praxis beweist, dass sie stimmt.

Trotz der Kenntnis verfolgt man in den Gewerkschaften die gegenteilige Linie. Klassenkooperation statt Klassenkampf steht auf der Tagesordnung und die Mitgliedschaft versucht man mit kleinen zusätzlichen Vorteilen (Urlaubs- u. Einkaufsmöglichkeiten und anderem »Dienstleister«-Schnickschnack) an die Organisation zu binden. Augenfällig wurde das bei den Aktionen gegen die Rente mit 67. Immerhin hatte die IG Metall und Ver.di zu politischen Warnstreiks dagegen aufgerufen. Bis Ende Januar nahmen sich mehr als 300.000 das Recht auf politischen Streik. Bei allen anderen Gewerkschaften herrschte Funkstille. Offensichtlich wollte man nicht, aber vielfach konnte man auch nicht. Und was folgte dann? Nachdem der Bundestag das Gesetz beschlossen hatte, war es aus mit den Protesten. Allerdings war schon vorher Sommer zurückgerudert: »Reine Oppositionspolitik bringt uns nicht weiter«. Und der zukünftige IG Metall Vorsitzende Huber meinte, dass man »nicht grundsätzlich gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters opponieren kann«, nur müssten es die Arbeitnehmer gesund erreichen können.

Wie mögen solche Äußerungen in den Ohren der Streikenden wohl geklungen haben? Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung lehnt die Rente mit 67 ab. Und führende Gewerkschaftsfunktionäre schwenken auf Regierungskurs ein. Eine verantwortungslose Politik gegenüber der eigenen Mitgliedschaft und der Arbeiterklasse! Doch neu ist diese Verhaltensweise der Gewerkschaften nicht. Der Widerstand gegen die Agenda-Politik und Sozialabbau ist ähnlich kläglich verlaufen. Trotz der Ankündigung von weiteren Aktionen und Widerstand wurden sowohl 2004 als auch 2006 die Fahnen sang- und klanglos eingerollt. Das, obwohl man auch hier die Bevölkerung und die Beschäftigten hinter sich hatte.

Nicht anders läuft es bei der Bahnprivatisierung. Eine breite Bevölkerungsmehrheit (72 Prozent) und die Bahnbelegschaft wies, ist dagegen, dass das Bahnvermögen an das Privatkapital verschertelt wird. Auch offiziell der DGB. Doch die zuständige Gewerkschaft Transnet schert aus, kungelt mit dem Bahn-Vorstand und treibt mit diesem gemeinsam die Privatisierung voran. Ein Paradebeispiel »gewerkschaftlicher Interessenvertretung«! Alleine die GDL stört mit ihren Forderungen die Harmonie. Abgesehen davon, dass die Arbeitskamppföhrung der GDL äußerst dilettantistisch ist, führt sie vor, welche Macht durch das organisierte Vorgehen der Bahnbeschäftigten entwickelt werden könnte. Mit der Rückendeckung der Bevölkerung wäre es Transnet möglich, diese Privatisierung die letztendlich zu weiterem Arbeitsplatzabbau führt, zu verhindern. Aber auch hier trotzdem Kooperation statt Konfrontation.

Die Gewerkschaften werden durch diese Politik der Anpassung und Kooperation mit dem Klassegegner immer stärker in die Defensive gedrängt. Die Folge ist, dass sie eine Niederlage nach der anderen erleiden. Besonders Ver.di trifft es hart. Der Streik im öffentlichen Dienst 2006 war eine Niederlage. Ihm folgte der Telekom-Streik. Zwar konnten dort einige Zumutungen der Telekom-Geschäftsführung abgemildert werden, aber in der Hauptsache hat sich der Konzern durchgesetzt. Ausgliederungen, Entgeltkürzungen, Verlängerung der Wochen-Arbeitszeit sind jetzt tariflich vereinbart. Niederlagen gibt es auch im Organisationsbereich der IG Metall. Eine zeichnet sich aktuell im Kfz-Handwerk ab. Dort haben die Unternehmer keine Lust mehr auf Tarifverträge. Der Zentralverband des Kfz-Gewerbes hat seinen Landesinnungsbetrieben empfohlen aus der Tarifpolitik auszusteigen. Auf einer Konferenz zu dem Thema meinte Huber: »Zu einem stabilen Flächentarifvertrag gibt es keine Alternative«. Hier irrt sich der Kollege Huber.

Für die Kapitalisten gibt es eine: nämlich gar keinen TV. Und diese Strategie wird aufgehen. Aufgrund der organisatorischen Schwäche im Handwerksbereich wird es kaum möglich sein, den Flächentarifvertrag kampfweise durchzusetzen. Damit reiht sich dann das Kfz-Handwerk in die anderen Handwerksbereiche ein, für die schon lange keine Tarifierhöhungen mehr durchgesetzt werden konnten (z.B. Elektrohandwerk, Metallhandwerk).

Auch die Auseinandersetzungen um die so genannten Sozialtarifverträge, wie bei der AEG in Nürnberg, bei CNH und BSH in Berlin und anderen, endeten trotz dem mutigen und fantasievollen Kampf der Belegschaften objektiv in Niederlagen. Nirgends ist es gelungen eine Betriebsschließung zu verhindern. Es wurden zwar hohe Abfindungen und soziale Regelungen vereinbart, aber in der Hauptsache setzten sich auch dort die Kapitaleigner durch.

Es ist schwer zu sagen, wo diese Entwicklung endet. Die Werktätigen machen täglich negative Erfahrungen. Sie werden vom Kapital mit Arbeitsplatzverlust und damit mit dem Existenzverlust bedroht. Sie werden erpresst und zu Mehrarbeit und Lohnverzicht gezwungen. Ihre soziale Lage verschlechtert sich immer mehr durch die Politik der Regierung. Gleichzeitig werden die Konzerne immer fetter und mächtiger und die Reichen wissen nicht mehr, wohin mit ihrem Geld. Scheinbar kann man nichts gegen diese Entwicklung tun. Wie einer Naturgewalt steht man ohnmächtig dieser gegenüber. Da stellt sich Frust und auch Resignation ein, was Auswirkungen auf die Organisationen hat, die ihre Schutzmacht sind. Es herrscht eine allgemeine Orientierungslosigkeit, welche die Gewerkschaftsführung mit ihrer zaudernden und inkonsequenten Politik noch verstärkt. Der weitere Niedergang scheint vorprogrammiert.

Auf der anderen Seite entsteht aber auch Wut und eine Stimmung, dagegen etwas tun zu wollen. Der Unmut in den Betrieben über die anhaltenden Angriffe und Verschlechterungen auf allen Gebieten ist gewaltig. In den industriellen Kernbereichen folgen deshalb – trotz des sinkenden Ansehens der Gewerkschaften – die Werktätigen noch immer deren Aufrufen zu Aktionen. Gezeigt hat sich das bei den Streiks gegen die Rente mit 67, den Warnstreiks im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen und anderen betrieblichen Aktionen. Das Potential zum Widerstand ist also da.

Dass generell eine Stimmung in der Bevölkerung vorhanden ist, die Einwirkungsmöglichkeiten für linke Politik bietet, zeigen auch diverse Meinungsumfragen. So sind nach einer Umfrage der »ZEIT« 68 Prozent für die Einführung von Mindestlöhnen; 72 Prozent meinen, die Regierung mache zu wenig für die soziale Gerechtigkeit; 82 Prozent wollen die Rente mit 67 wieder abgeschafft sehen; 70 Prozent sind gegen die Privatisierung von Staatsbesitz und immerhin meinen 46 Prozent, die Macht der Gewerkschaften sei eher zu klein als zu groß.

Nun sind Meinungsumfragen das Eine, das aktive politische Handeln der Menschen das Andere. Trotzdem zeigt das Bild, dass ein weiterer Niedergang der Gewerkschaften und sozialen Errungenschaften nicht sein muss. Die Voraussetzungen für Widerstand sind vorhanden. Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass sie aktuell von den Gewerkschaftsspitzen im Sinne eines politischen Richtungswechsels genutzt werden. Eingeleitet werden kann ein solcher Prozess nur von unten. Zwar sind Anfänge einer Vernetzung der Gewerkschaftslinken gemacht. Aber sie ist im Moment noch nicht stark genug, um tatsächlich Einfluss auf die Politikrichtung der Gewerkschaften zu nehmen. Allenfalls gelingt das punktuell.

Es ist deshalb leider davon auszugehen, dass der Verfallsprozess der Gewerkschaften vorerst weitergeht. ■